
Leitantrag für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung

Inhaltsverzeichnis

L2 - Leitantrag für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung

Leitantrag für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung

EL2.001	Vorstand	Leitantrag: Für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung	6
EL2.001-EA1	Rolf-Rüdiger Beyer (Delegierten-Nummer: 201)	Ergänzungsantrag zu L2 - Für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung	

Leitantrag für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung

L2.001	408 VS Region Hamburg	Alter ohne Not ist ein Grundgesetzgebot	9
L2.002	408 VS Region Hamburg	Die gesetzliche, umlagefinanzierte Rentenversicherung stabilisieren	10
L2.003	402 VS Bremerhaven	Die IG Metall setzt sich ohne Abstriche für die Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung als bewährten Generationsvertrag ein	11
L2.004	234 VS Wiesbaden-Limburg	Erhöhung des Rentenniveaus auf mindestens 53% in den Mittelpunkt stellen	12
L2.005	210 VS Frankfurt am Main	Erhöhung des Rentenniveaus auf mindestens 53% (Nettorentenniveau vor Steuern) in den Mittelpunkt stellen	13
L2.006	218 VS Kaiserslautern	Altersarmut bekämpfen – keine weitere Absenkung des Rentenniveaus!	14
L2.007	408 VS Region Hamburg	Kampagne: Bekenntnis zur Stabilisierung des Rentenniveaus	15
L2.008	408 VS Region Hamburg	Lebensstandardsicherung im Alter wiederherstellen	16
L2.009	407 VS Flensburg	Absenkung des Rentenniveaus stoppen	17
L2.010	409 VS Kiel-Neumünster	Lebensstandardsicherung im Alter wieder herstellen und Altersarmut bekämpfen	18
L2.011	277 VS Suhl-Sonneberg	Keine weitere Absenkung des Rentenniveaus	20
L2.012	238 VS Neunkirchen	Wiederherstellung eines lebensstandardsichernden und armutsfesten Rentenniveaus	21
L2.013	936 VS Ludwigsburg	Weiterentwicklung des Sozialstaats (Rente)	23
L2.014	402 VS Bremerhaven	Die Lebensstandardsicherung im Alter muss durch die gesetzliche Rentenversicherung wieder hergestellt werden	24
L2.015	573 VS Halle-Dessau	Sicherung der gesetzlichen Rentenversicherung als tragende Säule der Altersvorsorge	25
L2.016	523 VS Salzgitter-Peine	Sicherung der gesetzlichen Rentenversicherung als tragende Säule der Altersversorgung	27
L2.017	401 VS Bremen	Stabilisierung Rentenversicherung	29
L2.018	407 VS Flensburg	Kampagne im Vorfeld der Bundestagswahl 2017	30
L2.019	929 VS Stuttgart	Rente stärken! Sozialaufbau statt Abbau!	31

L2.020	405 VS Unterelbe	Rentenniveau verteidigen und ausbauen, Recht auf Ruhestand sichern	32
L2.021	147 VS Duisburg-Dinslaken	Rentenzugangsalter senken und Lebensstandard im Alter sichern, Rentenerhöhungen an Tarifierhöhungen anpassen	33
L2.022	524 VS Wolfsburg	Rentenversicherung	34
L2.023	227 VS Neuwied	Rücknahme des Gesetzes zum Renteneintritt mit 67 und Wiedereinführung des Renteneintrittsalters mit 65 – Verteidigung des Rentenniveaus	35
L2.024	Frauenausschuss beim Vorstand	Rentenniveau	36
L2.025	518 VS Osnabrück	Rentenniveau verteidigen und Rentenzugang verbessern	37
L2.026	504 VS Celle-Lüneburg	Rentenniveau verteidigen und ausbauen Recht auf Ruhestand sichern	38
L2.027	509 VS Alfeld-Hameln-Hildesheim	Sicherung der gesetzlichen Rentenversicherung als tragende Säule der Altersversorgung Rentenniveau in Höhe von 47,9% verteidigen und wieder auf das Rentenniveau des Jahres 2000 in Höhe von 52,8% ausbauen – Recht auf Ruhestand sichern	39
L2.028	651 VS Berlin	Rentenniveau stabilisieren, Altersarmut und Kaufkraftverlust der Rentnerinnen und Rentner verhindern	41
L2.029	676 VS Oranienburg	Stabilisierung des Rentenniveaus, Verhinderung von Altersarmut	42
L2.030	651 VS Berlin	Abschaffung der Zwangsverrentung von SGB-II-Leistungsbeziehern/-bezieherinnen	43
L2.031	873 VS Dresden	Abschaffung der Zwangsverrentung	44
L2.032	872 VS Chemnitz	Verhinderung von Zwangsverrentung	45
L2.033	872 VS Chemnitz	Verhinderung von Altersarmut	46
L2.034	922 VS Reutlingen-Tübingen	Lebensstandardsicherung im Alter – Rente in Würde	47
L2.035	407 VS Flensburg	Recht auf lebensstandardsichernde Renten	48
L2.036	502 VS Braunschweig	Rentenniveau verteidigen und ausbauen	49
L2.037	510 VS Hannover	Rentenniveau verteidigen und ausbauen, Recht auf Ruhestand sichern	50
L2.038	510 VS Hannover	Rentenniveau	51
L2.039	723 VS Weilheim	Verhinderung Absenkung Rentenniveau	52
L2.040	677 VS Potsdam	Stabilisierung des Rentenniveaus, Verhinderung von Altersarmut	53
L2.041	574 VS Magdeburg-Schönebeck	Rentenpolitik	54
L2.042	340 VS Aachen	Kampagne gegen die Absenkung des Rentenniveaus	55
L2.043	402 VS Bremerhaven	Rentenproblematik	56
L2.044	214 VS Herborn	Rentenzugang und Rentenniveau	57
L2.045	678 VS Ludwigsfelde	Altersarmut bekämpfen	59
L2.046	918 VS Heilbronn-Neckarsulm	Betriebliche Altersversorgung und gesetzliche Rente stärken	60
L2.047	227 VS Neuwied	Gesetzliche Rente und betriebliche Altersversorgung stärken	62

L2.048	145 VS Dortmund	Werksrentenanpassung	64
L2.049	877 VS Riesa	Fehlende Arbeitgeberbeteiligung bei nachgelagerten Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG)	65

Leitantrag 2

Leitantrag: Für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

1 Mit dem „Rentenpaket“ hat die Bundesregierung im Jahr 2014 einige Leistungsverbesserungen beschlossen. Davon profitieren
2 langjährig Versicherte, Erwerbsgeminderte und Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Das sind Schritte in die richtige Rich-
3 tung und ein Erfolg der IG Metall und ihrer Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente“. Doch die Strukturprobleme bleiben: Die Renten-
4 reformen der vergangenen Jahrzehnte haben mit drastischen Leistungskürzungen schwerwiegende Versorgungsprobleme für heutige
5 und vor allem für kommende Generationen aufgetürmt. Es besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf. Die IG Metall fordert die
6 Politik deshalb auf, mit dem „Rentenpaket“ nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben. Nötig sind weitere Reformschritte!

7 8 **„Kampagne fortführen, weitere Reformschritte durchsetzen!“**

9 Die IG Metall wird daher die Kampagne fortzusetzen. Primäres Ziel ist es, die gesellschaftlichen und politischen Ausgangsbedingun-
10 gen für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung weiter zu verbessern und Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen
11 Rente durchzusetzen. Dazu wird die IG Metall ein mittelfristig ausgerichtetes Kommunikations- und Mobilisierungskonzept entwi-
12 ckeln, dass

- 13 • an der bislang erfolgreichen Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente“ anknüpft,
- 14 • betrieblich neben der altersgerechten Arbeitsgestaltung und fairen Ausstiegchancen auch die unzureichende soziale Absiche-
15 rung im Alter thematisiert,
- 16 • Fragen der Generationengerechtigkeit aktiv aufgreift und mit dem Gedanken der Leistungsverbesserung verknüpft,
- 17 • die Politik auffordert, mit dem Rentenpaket nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben,
- 18 • für die gewerkschaftliche Reformagenda und die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung wirbt.

19 Die IG Metall wird mit Sozialverbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Parteien den Dialog suchen und in den
20 Betrieben mobilisieren. Und sie wird sowohl die anstehende Debatte um die von der Großen Koalition geplante „Solidarische
21 Lebensleistungsrente“ als auch den Bundestagswahlkampf 2017 nutzen, um die Dringlichkeit zentraler rentenpolitischer Weichenstel-
22 lungen spätestens ab Beginn der nächsten Legislaturperiode hervorzuheben.

23 24 **„Für eine Rente mit Niveau!“**

25 Die rentenpolitisch vordringliche Aufgabe liegt in der generellen Stärkung der gesetzlichen Rente. Dazu fordert die IG Metall:

- 26 • Das Rentenniveau muss zunächst stabilisiert und dann angehoben werden.
- 27 • Die Renten müssen wieder an die allgemeine Einkommensentwicklung angekoppelt werden.
- 28 • Die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer Erwerbstätigenversicherung erweitert, Selbstständige, Freiberufler, Beamte
29 und Parlamentarier schrittweise einbezogen werden.

30 Diejenigen, die aufgrund ihrer Erwerbsbiografie keine ausreichenden Anwartschaften in der gesetzlichen Rente erwerben konnten,
31 müssen vor Armut und sozialem Abstieg im Alter geschützt werden. Um der Altersarmut von Frauen entgegenzuwirken, müssen
32 Nachteile am Arbeitsmarkt und die Diskriminierung bei den Einkommen beseitigt, aber auch niedrige Rentenbeträge aufgewertet
33 werden. Daher setzt sich die IG Metall dafür ein,

- 34 • niedrige Einkommen steuerfinanziert aufzuwerten,
- 35 • wieder Beiträge für Langzeitarbeitslose in die Rentenkasse zu entrichten,
- 36 • die Grundsicherung anzuheben und einen Freibetrag für Alterseinkünfte aus gesetzlicher Rente und Betriebsrenten bei der Ein-
37 kommensanrechnung einzuführen.

38
39

40 **„Flexibel in den Ruhestand statt Arbeiten ohne Ende!“**

41 Arbeitgeberverbände, wirtschaftsliberale Medien und Politiker werben unter dem Stichwort „Flexi-Rente“ für Konzepte, die mit Ein-
42 griffen in das Arbeits- und Sozialrecht arbeiten und diese jenseits der Regelaltersgrenze zum Massenphänomen machen wollen. Aber
43 „Arbeiten bis zum Ende“ ist weder gesellschafts- und sozialpolitisch wünschenswert noch eine wirtschafts- und arbeitsmarktpoliti-
44 sche Antwort auf den wachsenden Fachkräftebedarf. Stattdessen gilt es, die *tatsächliche Wahlfreiheit beim Altersausstieg* einer
45 erzwungenen Erwerbsarbeit im Rentenalter entgegenzustellen und das Recht auf Ruhestand als positives Leitbild wieder zu veran-
46 kern. Die IG Metall fordert daher:

- 47 • Besonders langjährig Versicherten muss ein abschlagsfreier Rentenzugang ermöglicht werden. Diese Regelung muss allen
- 48 Jahrgängen und nicht nur ausgewählten offenstehen.
- 49 • Tarifliche Lösungen für flexible Übergänge müssen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden (neue, öffentlich geförderte Alters-
50 teilzeit).

51 Wer gesundheitlich bedingt noch früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden muss, der hat keine Wahlfreiheit. Daher setzt sich die IG
52 Metall dafür ein, dass

- 53 • erwerbsgeminderte Menschen materiell besser abgesichert werden und
- 54 • der Zugang zu einer Erwerbsminderungsrente erleichtert wird.

55
56 **„Gute Renten – solidarisch finanziert!“**

57 Die IG Metall hat ihre Vorschläge für Leistungsverbesserungen um eine solidarische Finanzierungsalternative ergänzt und fordert:

- 58 • die Einnahmebasis durch eine Erwerbstätigenversicherung zu verbreitern,
- 59 • eine Demografie-Reserve durch eine moderate Beitragssatzentwicklung aufzubauen,
- 60 • versicherungsfremde Leistungen wie die „Mütterrente“ und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung über Steuern zu finanzieren.

61 Auf Basis aktueller Daten wird die IG Metall ihr Finanzierungskonzept im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 aktualisieren.

62
63 **„Eine Betriebsrente für alle!“**

64 Die IG Metall engagiert sich weiterhin für einen Ausbau der betrieblichen Altersversorgung – als Ergänzung und nicht als Ersatz für
65 die gesetzliche Rente. Die IG Metall wird ihre Aktivitäten in den kommenden Jahren intensivieren:

- 66 • Ziel muss es sein, dass für alle Beschäftigten Anwartschaften in einer Betriebsrente aufgebaut und die ganze oder zumindest
67 teilweise Finanzierung durch den Arbeitgeber sichergestellt wird.
- 68 • Zudem muss die Absicherung von Betriebsrenten über tarifliche Regelungen ausgebaut werden.

69 Aber betriebs- und tarifpolitische Initiativen werden nicht ausreichen. Nötig ist eine bessere rechtliche Absicherung. Daher fordert die
70 IG Metall:

- 71 • Die Arbeitgeber sind gesetzlich zu verpflichten, allen Beschäftigten eine betriebliche Altersversorgung (bAV) anzubieten
72 (Arbeitgeberobligatorium). Dabei ist die ausreichende und verbindliche Beteiligung der Arbeitgeber an der Finanzierung si-
73 chergestellt zu stellen.
- 74 • Auf dieser Basis muss den Tarifvertragsparteien die Möglichkeit eröffnet werden, branchenbezogene, tarifliche Versorgungs-
75 werke einzurichten.
- 76 • Die Sicherheit der Betriebsrenten in allen Durchführungswegen muss gesetzlich sichergestellt werden.
- 77 • Die Mitbestimmung der Betriebsräte ist deutlich auszuweiten. Etwa durch einen bAV-Ausschuss, der über eine gemeinwohlori-
78 entierte Anlagepolitik entscheidet und ein Anrecht auf externe Berater hat.
- 79 • Die Fristen zur Erreichung der Unverfallbarkeit von Betriebsrenten müssen deutlich verkürzt werden und Ansprüche aus Be-
80 triebsrenten müssen beim Arbeitgeberwechsel vollständig übertragen werden.
- 81 • Der Arbeitgeber muss dazu verpflichtet werden, grundsätzlich alle drei Jahre die Betriebsrenten anzupassen. Will der Arbeitgeber
82 aus wirtschaftlichen Gründen davon abweichen, muss die Darlegungs- und Beweislast bei ihm liegen.
- 83 • Die volle Beitragsbelastung der Betriebsrenten zur Kranken- und Pflegeversicherung ist zu streichen.

84 Die IG Metall wird ihre Vorschläge in die anstehende politische Debatten zur Weiterentwicklung des Betriebsrentensystems einbrin-
85 gen. So hat die Große Koalition im Koalitionsvertrag angekündigt, die Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung in Klein- und
86

87 Mittelbetrieben zu befördern. Diesen Anlass gilt es zu nutzen!

88

89 **„Wir lassen uns nicht spalten!“**

90 Die IG Metall macht den öffentlich inszenierten „Krieg der Generationen“ zwischen Jung und Alt nicht mit. Statt die Generationen
91 gegeneinander auszuspielen, wirbt die IG Metall für den Dialog der Generationen und für ihre Vorstellungen von einer solidarischen
92 Rentenpolitik. Mit ihren rentenpolitischen Reformkonzepten setzt sie auf eine Weiterentwicklung des Solidarprinzips und auf einen
93 angemessenen Sozialausgleich zwischen den Generationen.

94

95

96

97

98

99 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

100 Annahme in geänderter Fassung:

101

102 (...)

103 **„Für eine Rente mit Niveau!“**

104 Die rentenpolitisch vordringliche Aufgabe liegt in der generellen Stärkung der gesetzlichen Rente. Dazu fordert die IG Metall:

- 105 • Das Rentenniveau muss zunächst stabilisiert und dann deutlich angehoben werden-, um eine angemessene Lebensstandsiche-
106 rung im Alter zu gewährleisten.
- 107 • Die Renten müssen wieder an die allgemeine Einkommensentwicklung angekoppelt werden.
- 108 • Die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer Erwerbstätigenversicherung erweitert, Selbstständige, Freiberufler, Beamte
109 und Parlamentarier schrittweise einbezogen werden.

110 Diejenigen, die aufgrund ihrer Erwerbsbiografie keine ausreichenden Anwartschaften in der gesetzlichen Rente erwerben konnten,
111 müssen vor Armut und sozialem Abstieg im Alter geschützt werden. Um der Altersarmut von Frauen entgegenzuwirken, müssen
112 Nachteile am Arbeitsmarkt und die Diskriminierung bei den Einkommen beseitigt, aber auch niedrige Rentenbeträge aufgewertet
113 werden. Daher setzt sich die IG Metall dafür ein,

- 114 • niedrige Einkommen steuerfinanziert aufzuwerten,
115 • wieder Beiträge für Langzeitarbeitslose in die Rentenkasse zu entrichten,
116 • die Grundsicherung anzuheben und einen Freibetrag für Alterseinkünfte aus gesetzlicher Rente und Betriebsrenten bei der Ein-
117 kommensanrechnung einzuführen.

118 (...)

Leitantrag 2

Antragsthema: Ergänzungsantrag zu L2 - Für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung

EL2.001-EA1

Antragstellerin/Antragsteller:

Rolf-Rüdiger Beyer (Delegierten-Nummer: 201)

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

1 Mit dem „Rentenpaket“ hat die Bundesregierung im Jahr 2014 einige Leistungsverbesserungen beschlossen. Davon profitieren
2 langjährig Versicherte, Erwerbsgeminderte und Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Das sind Schritte in die richtige Rich-
3 tung und ein Erfolg der IG Metall und ihrer Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente“. Doch die Strukturprobleme bleiben: Die Renten-
4 reformen der vergangenen Jahrzehnte haben mit drastischen Leistungskürzungen schwerwiegende Versorgungsprobleme für heutige
5 und vor allem für kommende Generationen aufgetürmt. Es besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf. Die IG Metall fordert die
6 Politik deshalb auf, mit dem „Rentenpaket“ nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben. Nötig sind weitere Reformschritte!

7 8 **„Kampagne fortführen, weitere Reformschritte durchsetzen!“**

9 Die IG Metall wird daher die Kampagne fortzusetzen. Primäres Ziel ist es, die gesellschaftlichen und politischen Ausgangsbedingun-
10 gen für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung weiter zu verbessern und Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen
11 Rente durchzusetzen. Dazu wird die IG Metall ein mittelfristig ausgerichtetes Kommunikations- und Mobilisierungskonzept entwi-
12 ckeln, dass

- 13 • an der bislang erfolgreichen Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente“ anknüpft,
- 14 • betrieblich neben der altersgerechten Arbeitsgestaltung und fairen Ausstiegchancen auch die unzureichende soziale Absiche-
15 rung im Alter thematisiert,
- 16 • Fragen der Generationengerechtigkeit aktiv aufgreift und mit dem Gedanken der Leistungsverbesserung verknüpft,
- 17 • die Politik auffordert, mit dem Rentenpaket nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben,
- 18 • für die gewerkschaftliche Reformagenda und die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung wirbt.

19 Die IG Metall wird mit Sozialverbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Parteien den Dialog suchen und in den
20 Betrieben mobilisieren. Und sie wird sowohl die anstehende Debatte um die von der Großen Koalition geplante „Solidarische
21 Lebensleistungsrente“ als auch den Bundestagwahlkampf 2017 nutzen, um die Dringlichkeit zentraler rentenpolitischer Weichenstel-
22 lungen spätestens ab Beginn der nächsten Legislaturperiode hervorzuheben.

23 24 **„Für eine Rente mit Niveau!“**

25 Die rentenpolitisch vordringliche Aufgabe liegt in der generellen Stärkung der gesetzlichen Rente. Dazu fordert die IG Metall:

- 26 • Das Rentenniveau netto vor Steuern muss zunächst stabilisiert und dann schrittweise auf mindestens 53 % angehoben werden.
- 27 • Die Renten müssen wieder an die allgemeine Einkommensentwicklung angekoppelt werden.
- 28 • Die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer Erwerbstätigenversicherung erweitert, Selbstständige, Freiberufler, Beamte
29 und Parlamentarier schrittweise einbezogen werden.

30 (...)
31
32
33

-
- ³⁴ **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
³⁵ Ablehnung

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Alter ohne Not ist ein Grundgesetzgebot

L2.001

Antragstellerin/Antragsteller: 408 VS Region Hamburg

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall fordert Bundesregierung und Bundestag mit allem Nachdruck auf, auf Grundlage des Artikels 1 GG „Gesellschaft und
- 2 Staat sind verpflichtet, ihren Einfluss geltend zu machen, damit die Lebenslage der Menschen unter Beachtung ihrer Menschenwürde
- 3 gewährleistet ist“, die Absenkung des Rentenniveaus sofort zu stoppen und schrittweise auf 55% festzulegen. Gleichzeitig ist die
- 4 Rentenformel zu überarbeiten und sicherzustellen, dass die jährlichen Rentenerhöhungen dem Durchschnitt der jeweiligen Tarifier-
- 5 höhungen entsprechen.
- 6 Deshalb dürfen Gesetze nicht dazu führen, dass Menschen in unvermeidbare Lebenssituationen geraten. Dies gilt für Bürgerinnen und
- 7 Bürger jedes Alters. Die durch die Gesetzgebung festgelegte systematische Absenkung des Rentenniveaus und die jährliche
- 8 Wertminderung der Bestandsrenten durch Rentenerhöhungen unter dem Niveau der jeweiligen Tarifabschlüsse führen zwangsläufig
- 9 zur Verarmung einer zunehmenden Anzahl von Rentnerinnen und Rentnern. Damit geraten diese in eine menschenunwürdige
- 10 Lebenssituation, die im Widerspruch zum Grundgesetz steht.
- 11 Die Anträge „Lebensstandardsicherung im Alter wiederherstellen“, „Die gesetzliche, umlagefinanzierte Rentenversicherung stabili-
- 12 sieren“ und „Bekenntnis zur Stabilisierung des Rentenniveaus“ zeigen ganz deutlich, dass die bisherigen rentenpolitischen Initia-
- 13 tiven der Gewerkschaften zu wenig bewirkt haben. Die Antragsteller sind der festen Überzeugung, dass ein ständiges Wiederholen
- 14 von Konzepten auch künftig wenig ändern wird. Vielmehr benötigen die rentenpolitischen Forderungen der Gewerkschaften eine
- 15 neue Qualität. Das Aufzeigen von langfristigen Zielvorstellungen muss zu Forderungen weiterentwickelt werden, denen die Politik
- 16 nicht mehr ausweichen kann. Dies ist jedoch nur zu erreichen, wenn sich unsere Organisation dieser Strategie anschließt.
- 17 Dieser Antrag zeigt einleitend nochmals das konkrete Hauptziel auf und verstärkt dann im zweiten Abschnitt die Dimension des poli-
- 18 tischen Handelns zur Sicherung eines Alters ohne Not. Die Gesellschaft soll beantworten, wie sie es denn grundsätzlich mit men-
- 19 schenwürdigen Lebensbedingungen im Alter hält. Denn ein Älterwerden in Würde leitet sich selbstverständlich auch aus den Pflich-
- 20 ten des Grundgesetzes ab.
- 21 Wenn es gelingt, die Pflichten aus dem Grundgesetz als zusätzliche Unterstützung für die lebenswichtige Frage „Alter ohne Not“ in
- 22 die gewerkschaftliche Argumentation einzubeziehen, kann diese Strategie die Gesellschaft veranlassen, ihre Fürsorgepflicht
- 23 gegenüber der älteren Generation grundsätzlich zu überdenken und ihr einen höheren Stellenwert zuzuordnen.

24

25

26

27

28

29 Beschluss des Gewerkschaftstages:

30 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Die gesetzliche, umlagefinanzierte Rentenversicherung stabilisieren

L2.002

Antragstellerin/Antragsteller: 408 VS Region Hamburg

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der IG Metall Gewerkschaftstag setzt sich ohne Abstriche für die Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung als bewährten
- 2 Generationenvertrag ein.
- 3 Dafür sind folgende Voraussetzungen erforderlich:
- 4 • Umwandlung der gesetzlichen Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung
- 5 • Versicherungsfremde Leistungen werden künftig ausnahmslos durch staatliche Mittel finanziert.
- 6 • Die paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird uneingeschränkt wieder eingeführt.
- 7 • Es wird den Versicherungsnehmern von staatlich geförderten Privatversicherungsträgern ermöglicht, ihre Anwartschaften in
- 8 Anwartschaften bei der gesetzlichen Rentenversicherung umzuwandeln.
- 9 Darüber hinaus sind folgende zusätzliche Maßnahmen zur Vermeidung von Verarmung im Alter notwendig:
- 10 • Sozialversicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse
- 11 • Aufwertung von niedrigen sozialversicherungspflichtigen Einkommen auf 75% des Durchschnittseinkommens
- 12 • Einführung von Anwartschaften von Arbeitslosengeld-II-Empfängern von 75% des Durchschnittseinkommens
- 13 • Abschaffung der Abschläge der Erwerbsminderungsrenten vor dem 63. Lebensjahr
- 14 • Abschlagsfreie Rente ab dem 60. Lebensjahr nach 40 Versicherungsjahren
- 15 • Anhebung der Grundsicherung im Alter auf mindestens 860 Euro mit jährlicher Anpassung
- 16 Der Antrag „Lebensstandardsicherung im Alter wiederherstellen“ hat die Lebensstandardsicherung im Alter als grundsätzliches Ziel
- 17 benannt. Dieser weitergehende Antrag geht auf die wesentlichen Inhalte eines zukunftsfähigen Generationenvertrages ein und nennt
- 18 die wichtigsten strukturellen Veränderungen, die für seine Gestaltung erforderlich sind. Damit verbunden ist die Umwandlung des
- 19 heutigen Systems in eine Erwerbstätigenversicherung.
- 20 Auch bei diesem Antrag belassen es die Antragsteller nicht bei einem Appell, sondern setzen sich mit den „Bausteinen“ auseinander
- 21 und zeigen auf, durch welche einzelnen Veränderungen die seit Langem geforderte Erwerbstätigenversicherung erreicht werden
- 22 kann. Gleichzeitig hat der Antrag das Ziel, die Diskussion über diesen Umwandlungsprozess zu bereichern und nicht abreißen zu las-
- 23 sen.
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 30 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Die IG Metall setzt sich ohne Abstriche für die Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung als bewährten Generationsvertrag ein

L2.003

**Antragstellerin/Antragsteller:
402 VS Bremerhaven**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall setzt sich ohne Abstriche für die Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung als bewährten Generationsvertrag
- 2 ein.
- 3
- 4 Dafür sind folgende Voraussetzungen erforderlich:
- 5 • Umwandlung der gesetzlichen Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung
- 6 • Versicherungsfremde Leistungen werden künftig ausnahmslos durch staatliche Mittel finanziert.
- 7 • Die paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird uneingeschränkt wieder eingeführt.
- 8 • Die staatlich geförderten Privatversicherungsverträge (Riester) werden in Anwartschaften bei der gesetzlichen Rentenversiche-
- 9 rung umgewandelt.
- 10
- 11 Darüber hinaus sind folgende zusätzliche Maßnahmen zur Vermeidung von Verarmung im Alter notwendig:
- 12 • Sozialversicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse
- 13 • Aufwertung von niedrigen sozialversicherungspflichtigen Einkommen auf 75% des Durchschnittseinkommens
- 14 • Einführung von Anwartschaften von Arbeitslosengeld-II-Empfängern von 75% des Durchschnittseinkommens
- 15 • Abschaffung der Abschläge der Erwerbsminderungsrenten vor dem 63. Lebensjahr
- 16 • Abschlagsfreie Rente ab dem 60. Lebensjahr nach 40 Versicherungsjahren
- 17 • Anhebung der Grundsicherung im Alter auf mindestens 860 Euro mit jährlicher Anpassung
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 25 Erledigt durch Antrag Nr. L2.002

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Erhöhung des Rentenniveaus auf mindestens 53% in den Mittelpunkt stellen

L2.004

Antragstellerin/Antragsteller:
234 VS Wiesbaden-Limburg

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, im Rahmen der gewerkschaftlichen Forderungen zur Alterssicherung die Erhöhung des
- 2 Rentenniveaus auf mindestens 53% (Nettorentenniveau vor Steuern) in den Mittelpunkt zu stellen.
- 3
- 4 Dies könnte durch die Fortführung der Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente“ unter dem Motto „Für eine Rente mit Niveau“ ge-
- 5 schehen.
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 12 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Erhöhung des Rentenniveaus auf mindestens 53% (Nettorentenniveau vor Steuern) in den Mittelpunkt stellen

L2.005

Antragstellerin/Antragsteller:
210 VS Frankfurt am Main

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, im Rahmen der gewerkschaftlichen Forderungen zur Alterssicherung die Erhöhung des
2 Rentenniveaus auf mindestens 53% (Nettorentenniveau vor Steuern) in den Mittelpunkt zu stellen und die bereits beschlossene Ab-
3 senkung des Rentenniveaus auf 43% im Jahre 2030 rückgängig zu machen.

4

- 5 Dies könnte durch die Fortführung der Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente“ unter dem Motto „Für eine Rente mit Niveau“ ge-
6 schehen.

7

8

9

10

11

- 12 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 13 Erledigt durch Antrag Nr. L2.004

Antrag zum Leitantrag 2

**Antragsthema: Altersarmut bekämpfen –
keine weitere Absenkung des Rentenniveaus!**

L2.006

**Antragstellerin/Antragsteller:
218 VS Kaiserslautern**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, eine politische Kampagne zu starten, mit dem Ziel, eine weitere Absenkung des Rentenniveaus zu verhindern und ein Rentenniveau von mindestens 50% zu sichern.

2
3
4
5
6
7
8
9

10 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

11 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Kampagne: Bekenntnis zur Stabilisierung des Rentenniveaus

L2.007

**Antragstellerin/Antragsteller:
408 VS Region Hamburg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

1 Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall fordert den Vorstand auf, eine Kampagne im Vorfeld der Bundestagswahl 2017
2 zu organisieren, in der die Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien aufgefordert werden, sich persönlich zur Lebensstandardsi-
3 cherung der Rentnerinnen und Rentner zu bekennen und sich entsprechend für die Stabilisierung des Rentenniveaus auf 55% einzu-
4 setzen.

5

6 Dieser Antrag hat seinen Ursprung in einer von der IG Metall, Bezirk Küste unterstützten Aktion, mit einer Unterschriftenkampagne
7 die Kandidatinnen und Kandidaten bzw. die Abgeordneten der Parteien zu einem politischen Bekenntnis zur Stabilisierung des Ren-
8 tenniveaus zu bewegen.

9

10 Dieser Antrag erweitert diese Initiative und verlangt auf Bundesebene ein solches Bekenntnis der Vertreterinnen und Vertreter der
11 Parteien im Vorfeld der Bundestagswahl 2017. Der Charakter dieser provokativen Herausforderung basiert auch auf den bisherigen
12 Erfahrungen. Die bekannten und wiederholt vorgestellten Konzepte der Gewerkschaften für Renten, die zum Leben reichen sollen,
13 haben kein grundsätzliches Umdenken in der Rentenpolitik bewirkt. Nach wie vor gelten die gesetzlich festgelegte Absenkung des
14 Rentenniveaus und die Entwertung der Bestandsrenten durch zu geringe jährliche Anpassungen.

15

16 Wenn unsere Organisation es ernst meint mit ihrer Forderung nach einer grundsätzlichen Stabilisierung des Rentenniveaus auf 55%,
17 dann muss sie alles tun, um die Durchsetzungschancen zu optimieren. Deshalb muss es auch in ihrem Interesse sein, zu erfahren,
18 welche Politikerinnen und Politiker persönlich diese Forderung unterstützen.

19

20

21

22

23

24 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

25 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Lebensstandardsicherung im Alter wiederherstellen

L2.008

**Antragstellerin/Antragsteller:
408 VS Region Hamburg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die Lebensstandardsicherung im Alter muss durch die gesetzliche Rentenversicherung wiederhergestellt werden. Deshalb sind
- 2 1. die Kürzungsfaktoren in der Rentenformel sofort zu streichen und
- 3 2. der aktuelle Rentenwert innerhalb von zehn Jahren kontinuierlich so zu steigern, dass die Renten ein Nettoniveau (vor Steuern)
- 4 von mindestens 55% erreichen.
- 5
- 6 Der Gewerkschaftstag stellt dazu fest:
- 7 Die politische Strategie, die Leistungsfähigkeit der umlagefinanzierten Rentenversicherung abzusenken und die entstehenden Ren-
- 8 tenlücken durch private Rentenversicherungen zu schließen, ist gescheitert. Sie führt zu unerträglicher Massenaltersarmut und unsi-
- 9 cheren Zukunftsaussichten für die privaten Versicherungsverträge.
- 10
- 11 In diesem Antrag geht es um ein grundsätzliches gewerkschaftspolitisches Problem: So wie die Gewerkschaften mit ihrer Tarifpolitik
- 12 den Lebensstandard ihrer beschäftigten Mitglieder sichern bzw. verbessern, müssen sie es auch als ihre Verpflichtung ansehen, die
- 13 gewerkschaftliche Kraft für die Lebensstandardsicherung ihrer Mitglieder nach dem Berufsleben einzusetzen.
- 14
- 15 Dafür müssen sie Druck auf Parlament und Regierung ausüben. Der Antrag benennt dafür ein konkretes Ziel. Die Erfahrungen haben
- 16 gezeigt, dass die bisherigen allgemeinen Forderungen kaum etwas bewirkt haben und auch die rentenpolitischen Maßnahmen der
- 17 Großen Koalition dem Kernproblem, einen angemessenen Lebensstandard im Alter zu sichern, nicht gerecht geworden sind.
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22

Beschluss des Gewerkschaftstages:

- 24 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Absenkung des Rentenniveaus stoppen

L2.009

**Antragstellerin/Antragsteller:
407 VS Flensburg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall fordert Bundesregierung und Bundestag mit allem Nachdruck auf, die Absenkung des Rentenniveaus zu stoppen und
- 2 schrittweise auf 55% festzulegen.
- 3
- 4 Gleichzeitig ist die Rentenformel zu überarbeiten und sicherzustellen, dass die jährliche Rentenerhöhung dem Durchschnitt der
- 5 jeweiligen Tarifierhöhungen entsprechen.
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 12 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Lebensstandardsicherung im Alter wieder herstellen und Altersarmut bekämpfen

L2.010

Antragstellerin/Antragsteller: 409 VS Kiel-Neumünster

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die politische Strategie, die Leistungsfähigkeit der umlagefinanzierten Rentenversicherung abzusenken und die entstehenden Ren-
- 2 tenlücken durch private Rentenversicherungen zu schließen, ist gescheitert. Sie führt zu unerträglicher Massenaltersarmut und zu un-
- 3 sicheren Zukunftsaussichten.
- 4 Das muss Konsequenzen für die rentenpolitischen Ziele der IG Metall haben.
- 5 Das grundlegende Ziel der Lebensstandardsicherung im Alter durch die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder hergestellt wer-
- 6 den.
- 7 Dazu sind
- 8 1. die Kürzungsfaktoren in der Rentenformel sofort zu streichen und ist
- 9 2. der aktuelle Rentenwert innerhalb von zehn Jahren kontinuierlich so zu steigern, dass die Renten ein Nettoniveau (vor Steuern)
- 10 von mindestens 55% erreichen.
- 11
- 12 Die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung erfolgt auf Basis der Erkenntnis, dass der Unterhalt der Rentnerinnen und
- 13 Rentner immer von den aktiv arbeitenden Generationen getragen werden muss. Unabhängig davon, ob die Rentenzahlungen aus ei-
- 14 ner Umlagefinanzierung oder aus kapitalisierten Versicherungsbeiträgen erfolgen (Mackenroth-Theorem).
- 15 Die Umlagefinanzierung ist die eindeutig krisensichere, gesellschaftlich tragfähigste und solidarischste Art der Finanzierung. Die IG
- 16 Metall setzt sich ohne Abstriche für die gesetzliche Rentenversicherung als bewährten Generationenvertrag ein.
- 17 Dazu sind Änderungen erforderlich:
- 18 • Umwandlung der gesetzlichen Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung, in die zukünftig auch Beamte, Selbst-
- 19 ständige und Politiker einzahlen
- 20 • Versicherungsfremde Leistungen werden künftig nicht mehr aus den Beiträgen der Versicherten finanziert, sondern ausschließl-
- 21 ich durch staatliche Mittel
- 22 • Die paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolgt wieder uneingeschränkt.
- 23 • Umwandlung von staatlich geförderten Privatversicherungsverträgen (Riester/Rürup) in Anwartschaften bei der gRV
- 24
- 25 Auf dieser Basis sind mindestens folgende Schritte zur Vermeidung von Verarmung im Alter erforderlich:
- 26 • Sozialversicherungspflicht aller Beschäftigungsverhältnisse
- 27 • Aufwertung der Anwartschaften von niedrigen sozialversicherungspflichtigen Einkommen auf 75% des Durchschnittseinkom-
- 28 mens
- 29 • Anwartschaften für Arbeitslosengeld-II-Empfängern von 75% des Durchschnittseinkommens einführen
- 30 • Abschaffung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten vor dem 63. Lebensjahr.
- 31 • Abschlagsfreie Rente ab 60 nach 40 Versicherungsjahren
- 32
- 33



-
- 34 • Anhebung der Grundsicherung im Alter auf mindestens 860 Euro
35 • Renteneintrittsalter von 67 auf 65 Jahre zurücksetzen

36

37

38

39

40

41 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

42 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Keine weitere Absenkung des Rentenniveaus

L2.011

**Antragstellerin/Antragsteller:
277 VS Suhl-Sonneberg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall, vor allem der neu zu wählende Vorstand, muss sich in Politik und Gesellschaft klar für eine Beibehaltung und Anhe-
2 bung des Rentenniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung einsetzen. Die Bezüge aus der gesetzlichen Rentenversicherung sind
3 die wichtigste Einkommensquelle im Alter. Deswegen müssen diese Bezüge nach einem langen Arbeitsleben auch für ein selbstbe-
4 stimmtes Leben im Alter ausreichen und vor Altersarmut schützen. Auch mit Blick auf die nächste Bundestagswahl soll diese Forde-
5 rung öffentlich vertreten werden. Dazu sind Alternativkonzepte, wie die bereits von der IG Metall vorgeschlagene Erwerbstätigenver-
6 sicherung, weiterzuentwickeln. Die IG Metall wird die Diskussion auf allen Gliederungsebenen gemeinsam mit den gewerkschaftli-
7 chen Selbstverwalterinnen und Selbstverwaltern in der gesetzlichen Rentenversicherung führen. Mit den gewerkschaftlichen Vertrau-
8 ensleuten wollen wir das Thema auch in die Betriebe und in die sozialpolitischen Gremien tragen.

9

10

11

12

13

14 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

15 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Wiederherstellung eines lebensstandardsichernden und armutsfesten Rentenniveaus

L2.012

Antragstellerin/Antragsteller: 238 VS Neunkirchen

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die Delegierten des Gewerkschaftstages beauftragen den Vorstand der IG Metall damit, gemeinsam mit dem Deutschen
- 2 Gewerkschaftsbund und seinen Einzelgewerkschaften die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien aufzufordern,
- 3 die gesetzliche Rente wieder lebensstandardsichernd und strukturell armutsfest zu machen.
- 4
- 5 Unter der rot-grünen Bundesregierung wurde beginnend mit der Einführung der staatlich unterstützten privaten Riester-Rente zu Be-
- 6 ginn des Jahrhunderts ein folgenschwerer Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik auf den Weg gebracht.
- 7
- 8 Das bisherige Ziel einer Lebensstandardsicherung für den arbeitenden Menschen wurde aufgegeben.
- 9 Unter der damaligen Nettolohnanpassung der Renten stand ein Nettorentenniveau von rund 70% nach 45 Beitragsjahren. An diese
- 10 Stelle ist seither das Ziel der Beitragssatzdeckelung getreten. Nach § 154 SGB VI darf der Beitragssatz zur allgemeinen Rentenversi-
- 11 cherung bis 2030 nicht über 22% steigen.
- 12
- 13 Der Beitragssatz wurde zum „Fetisch“ der Politik.
- 14 Der Beitragssatz wurde zum „Fetisch“ der seitherigen Bundesregierungen. Erreicht werden soll das im Wege der vorgenommenen
- 15 Abkopplung der Renten von der Lohnentwicklung mit dem Eingriff in die Rentenanpassungsformel. Im Einzelnen handelt es sich um
- 16 Kürzungs- oder Dämpfungsfaktoren, den sog. „Riester-Faktor“.
- 17 Dieser mindert bei steigendem Beitrag zur allgemeinen Rentenversicherung die Rentenerhöhung im Folgejahr um den „Nachhal-
- 18 tigkeitsfaktor“, dieser dämpft die Rentenerhöhung im Folgejahr, wenn die Rentenausgaben schneller steigen als der aktuelle Ren-
- 19 tenwert.
- 20 Nach Berechnungen der Bundesregierung fällt das Rentenniveau bereits 2015 um 0,4% niedriger aus als ohne das „Reformpaket“,
- 21 was gleichbedeutend ist mit einer drastischen Senkung der Renten.
- 22 Dieser Wert, das sog. Sicherungsniveau vor Steuern, ein Fünftel von etwa 53% im Jahr 2000, sinkt drastisch auf 43% im Jahr 2030.
- 23 Hiervon betroffen sind alle Bestandsrenten und alle zukünftigen Zugänge in die Rente; sämtliche bereits erworbenen und künftig
- 24 noch zu erwerbenden Rentenanwartschaften verlieren dadurch relativ, d.h. im Verhältnis zu den Löhnen, immer mehr an Wert, umge-
- 25 kehrt würde ein Stopp der weiteren Niveauabsenkung und eine Wiederanhebung des Rentenniveaus allen Bestandsrenten und allen
- 26 Anwartschaften zugute kommen.
- 27 Wenn aber die weitere Niveauabsenkung nicht gestoppt und wieder angehoben wird, dann verlieren alle übrigen Instrumente zur
- 28 Vermeidung von struktureller Altersarmut, die ins Feld geführt werden, ständig an Wert.
- 29
- 30 Die Riester-Rente eine Illusion
- 31 Die Versorgungslücke soll durch eine 4%ige private mit staatlichen Prämien unterstützte Altersvorsorge kompensiert werden. Wie die
- 32 Erfahrungen der Riester-Rente zeigen, erweist sich dieses Versprechen als Illusion.

33 In verschiedenen Studien zum zehnjährigen Bestehen der privaten staatlich geförderten Riester-Rente wurde (DIW Wochenbericht Nr.
34 47, 2011) u.a. dazu festgehalten:

35 „Die Produkte sind so, wie sie jetzt sind, schlecht und zuungunsten derjenigen, die sparen und eine Altersvorsorge aufbauen wollen
36 oder ob von einer Förderung insgesamt abgesehen werden sollte. Die Produkte sollte es so nicht mehr geben. Die öffentliche Hand
37 sollte die Gelder aus der Riester-Förderung gezielter in der gesetzlichen Rentenversicherung, insbesondere für Geringverdiener und
38 untere Einkommenbezieher einsetzen.“

39

40 Der Bundesrat betont: Die mit der Riester-Rente verbundenen Erwartungen haben sich nicht erfüllt!

41 In seiner Stellungnahme zum Sozialbericht 2013 der Bundesregierung stellt der Bundesrat zu dem Thema u.a. fest: „Der Bundesrat
42 betont, dass sich die mit der Riester-Rente verbundenen Erwartungen nicht erfüllt haben. Entgegen der im Sozialbericht 2013 zum
43 Ausdruck gebrachten Ansicht der Bundesregierung, der Zuspruch zu den Riester-Renten wachse stetig, ist der Vertragsbestand im
44 ersten Quartal 2013 gesunken und fast jeder fünfte Vertrag ruhend gestellt. Das sinkende Rentenniveau kann von einem Großteil der
45 Menschen daher nicht durch zusätzliche Altersvorsorge ausgeglichen werden.“

46 Die Altersarmut wird noch weiter massenhaft zunehmen. Unwürdig trotz jahrelanger Beitragszahlungen in die Rentenversicherung
47 zu leben, ist schon jetzt kein Einzelfall mehr.

48

49 Die Delegierten des 23. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall treten für eine soziale Zukunft der Menschen in unserer Ge-
50 sellschaft ein, die dem Art. 1 Abs. 1 unseres Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Rechnung trägt.

51

- 52 • Deshalb müssen die Kürzungs- und Dämpfungsfaktoren in der Rentenformel beseitigt werden und das Rentenniveau wieder auf
53 seinen früheren Wert von mindestens 53% netto vor Steuern angehoben werden.
- 54 • Die staatlichen Prämien für die private Zusatzversorgung werden der gesetzlichen Rentenversicherung zugeführt, um die Ren-
55 tenansprüche von Geringverdienern und unteren Einkommensgruppen (Rente nach Mindesteinkommen) zu finanzieren.
- 56 • Die Erwerbsminderungsrente muss durch Streichung des 10,8%igen Abschlags armutsfester werden.
- 57 • Die Arbeitgeber sind mit paritätischer Beitragszahlung voll an der Lebensstandardsicherung zu beteiligen.
- 58 • Eine solidarische Erwerbstätigenversicherung ist schrittweise unter Einbeziehung von Selbstständigen, Beamten, Parlamentariern
59 und anderen erwerbstätigen Gruppen einzuführen.

60

61

62

63

64

65

66

67 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

68 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Weiterentwicklung des Sozialstaats (Rente)

L2.013

Antragstellerin/Antragsteller: 936 VS Ludwigsburg

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nach einem langen Arbeitsleben auf eine lebensstandardsichernde Rente angewiesen.
- 2 Deshalb lehnen wir Leistungseinschnitte ab! Die Berechnung muss so geändert werden, dass auch Arbeitslose sowie Erwerbsminde-
- 3 rungsrentner eine lebensstandardsichernde Rente erhalten.
- 4 Vor der Bundestagswahl haben drei von vier im Bundestag vertretenen Parteien für die Altersversorgung eine Bürgerversicherung ge-
- 5 fordert.
- 6 Die Berechnung der Altersbezüge ist so unterschiedlich, dass im Ergebnis die Pensionärin oder Pensionär eine zwei- bis vierfach
- 7 höhere Versorgung als der Rentner erhält. Durch höchstrichterliches Urteil wurde festgestellt, dass Pensionen gegenüber den Renten
- 8 in puncto Besteuerung benachteiligt sind. Im Umkehrschluss sind aber die Renten gegenüber den Pensionen in der Berechnung be-
- 9 nachteiligt.
- 10 Diese Unterschiede erschweren die Einführung einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung in erheblichem Maße und sind des-
- 11 halb einer gerichtlichen Überprüfung zuzuführen. Unabhängig davon, wie sich der Beitragssatz entwickelt, der auf jeden Fall paritä-
- 12 tisch von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen werden soll.
- 13 Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, gegen die Absenkung des Rentenniveaus und für die Forderung einer solidarischen
- 14 Bürgerversicherung ein Konzept zu entwickeln, wie die unterschiedlichen Renten- und Pensionsregelungen in eine solidarische
- 15 Bürgerversicherung übergeleitet werden können. Dieses Konzept muss sich an folgenden Punkten orientieren:
- 16 1. Eine solidarische Erwerbstätigenversicherung wird gefordert.
- 17 2. Das Rentenniveau sinkt nicht weiter ab, sondern erreicht wieder den Stand aus dem Jahr 2000 erreicht.
- 18 3. Für Kolleginnen und Kollegen mit niederem Verdienst muss die für die Rentenberechnung maßgebende Punktezahl so weit
- 19 angehoben werden, dass nach dem Ende eines Arbeitslebens eine auskömmliche Rente erreicht wird.
- 20 4. Die unterschiedlichen Berechnungsmethoden für die Altersversorgungssysteme müssen vereinheitlicht werden. Es ist zu prüfen,
- 21 ob diese Unterschiede einer gerichtlichen Überprüfung standhalten.
- 22 Wenn es uns gelingt, zu diesem komplexen Thema ein nachvollziehbares langfristiges Umstiegsszenario zu entwerfen, kann es uns
- 23 gelingen, eine gesellschaftliche Mobilisierung zu initiieren, welche die politischen Akteurinnen und Akteure zum Handeln zwingt.

Beschluss des Gewerkschaftstages:

30 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Die Lebensstandardsicherung im Alter muss durch die gesetzliche Rentenversicherung wieder hergestellt werden

L2.014

Antragstellerin/Antragsteller:
402 VS Bremerhaven

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Deshalb sind
- 2 • die Kürzungsfaktoren in der Rentenformel sofort zu streichen und
- 3 • der aktuelle Rentenwert innerhalb von zehn Jahren kontinuierlich so zu steigern, dass die Renten ein Nettoniveau (vor Steuern)
- 4 von mindestens 55% erreichen.
- 5
- 6 Die IG Metall stellt dazu fest:
- 7 Die politische Strategie, die Leistungsfähigkeit der umlagefinanzierten Rentenversicherung, Absenkung und die entstehenden Ren-
- 8 tenlücken durch private Rentenversicherung zu schließen, ist gescheitert. Sie führt zu unerträglicher Massenaltersarmut und unsiche-
- 9 ren Zukunftsaussichten für die privaten Versicherungsverträge.
- 10
- 11 Diese Forderungen beziehen sich auf Art. II GG: Gesellschaft und Staat sind verpflichtet, ihren Einfluss geltend zu machen, damit die
- 12 Lebenslage der Menschen unter Beachtung ihrer Menschenwürde (GG Art. 1) gewährleistet ist.
- 13
- 14 Deshalb dürfen Gesetze nicht dazu führen, dass Menschen in unvertretbare Lebenssituationen geraten. Dies gilt für Bürgerinnen und
- 15 Bürger jedes Alters. Die durch die Gesetzgebung festgelegte systematische Absenkung des Rentenniveaus und die jährliche
- 16 Wertminderung der Bestandsrenten durch Rentenerhöhungen unter dem Niveau der jeweiligen Tarifabschlüsse führen zwangsläufig
- 17 zur Verarmung einer zunehmenden Anzahl von Rentnerinnen und Rentnern. Damit geraten diese in eine menschenunwürdige
- 18 Lebenssituation, die im Widerspruch zum Grundgesetz steht.
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 25 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Sicherung der gesetzlichen Rentenversicherung als tragende Säule der Altersvorsorge

L2.015

Antragstellerin/Antragsteller: 573 VS Halle-Dessau

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, mit den anderen im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften eine gemeinsame
- 2 Kampagne für die Sicherung der gesetzlichen Rentenversicherung als tragende Säule der Altersversorgung, gegen die Altersarmut
- 3 und eine weitere Absenkung des Rentenniveaus zu organisieren.
- 4
- 5 Das entscheidende Problem der Alterssicherung bleibt auch nach dem Rentenpaket der Großen Koalition ungelöst. Nur die
- 6 Jahrgänge 1951 und 1952 profitieren voll umfänglich von der Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren. Ab dem Jahrgang 1953
- 7 wird das Renteneintrittsalter jeweils um zwei Monate bis zum Jahrgang 1963 angehoben, der mit 64 Jahren und zehn Monaten ab-
- 8 schlagsfrei Rente beziehen kann. Die Jahrgänge 1964 und jünger können mit 65 abschlagsfrei Rente beziehen. Das war bereits mit
- 9 45 Versicherungsjahren vor dem Rentenpaket der Großen Koalition möglich. Wer vor Erreichen der Regelaltersgrenze in Rente gehen
- 10 muss, hat mit erheblichen Rentenabschlägen zu rechnen.
- 11
- 12 Das Rentenniveau (Nettorentenniveau vor Steuern) droht bis zum Jahr 2030 auf ca. 43 Prozentpunkte abzusinken. Damit besteht für
- 13 große Teile der Bevölkerung die Gefahr von Altersarmut. Zudem können sich viele Menschen einen vorzeitigen Ausstieg aus dem
- 14 Arbeitsleben wegen der niedrigen Rente nicht leisten.
- 15
- 16 Zusätzlich droht nun eine Debatte um die Flexi-Rente, die darauf zielt, das Arbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus als neues ge-
- 17 sellschaftliches Leitbild zu etablieren.
- 18
- 19 Wir engagieren uns
- 20 • gegen das Leitbild des „Arbeitens ohne Ende“ und halten fest: „Es gibt ein Recht auf Ruhestand!“
- 21 • für die Stabilisierung und moderate Anhebung der Beitragssätze, um mittelfristig die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Ren-
- 22 tenversicherung zu erhalten und auszubauen,
- 23 • für eine paritätische Finanzierung der Rentenversicherung.
- 24
- 25 Darüber hinaus wollen wir in Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften sowie mit Sozialverbänden eine Kampagne führen mit
- 26 der Zielsetzung:
- 27 • Flexible Ausstiegsmöglichkeiten statt „Rente mit 67“
- 28 • Rentenanpassung nach der Bruttolohnentwicklung
- 29 • Abschlagsfreier Rentenzugang ab dem 60. Lebensjahr nach 40 Versicherungsjahren
- 30 • Ein stabiles, deutlich erhöhtes Rentenniveau
- 31 • Abschaffung der Abschläge und des Verweises auf den allgemeinen Arbeitsmarkt bei gesundheitsbedingtem Renteneintritt
- 32 (Erwerbsminderungsrente vor Erreichen der Regelaltersrente)
- 33

-
- 34 • Eine solidarisch finanzierte Altersversorgung. Dazu gehört: Nicht Beitragssatzstabilität, sondern ein auskömmliches Rentenni-
35 veau muss Grundlage für die Rentenfinanzierung sein.
- 36 • Eine Erwerbstätigenversicherung unter Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger und Berücksichtigung aller Einkommensfor-
37 men sowie die Abführung von Rentenversichertenbeiträgen für Langzeitarbeitslose.
- 38 • Rechtsverbindliche betriebliche Altersversorgung mit angemessener Arbeitgeberbeteiligung

39

40

41

42

43

44 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

45 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Sicherung der gesetzlichen Rentenversicherung als tragende Säule der Altersversorgung

L2.016

Antragstellerin/Antragsteller: 523 VS Salzgitter-Peine

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, mit den anderen im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften eine gemeinsame
- 2 Kampagne für die Sicherung der gesetzlichen Rentenversicherung als tragende Säule der Altersversorgung, gegen die Altersarmut
- 3 und einer weiteren Absenkung des Rentenniveaus zu organisieren. Dabei darf es nicht bei öffentlichen Bekundungen bleiben,
- 4 sondern hier ist die gesamte Organisation aufgerufen, den Druck auf die Politik zu erhöhen und mit Demonstrationen weiter aus-
- 5 zubauen.
- 6
- 7 Das entscheidende Problem der Alterssicherung bleibt auch nach dem Rentenpaket der Großen Koalition ungelöst. Nur die
- 8 Jahrgänge 1951 und 1952 profitieren voll umfänglich von der Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren. Ab dem Jahrgang 1953
- 9 wird das Renteneintrittsalter jeweils um zwei Monate bis zum Jahrgang 1963 angehoben, der mit 64 Jahren und zehn Monaten ab-
- 10 schlagsfrei Rente beziehen kann. Die Jahrgänge 1964 und jünger können mit 65 abschlagsfrei Rente beziehen. Das war bereits mit
- 11 45 Versicherungsjahren vor dem Rentenpaket der Großen Koalition möglich. Wer vor Erreichen der Regelaltersgrenze in Rente gehen
- 12 muss, hat mit erheblichen Rentenabschlägen zu rechnen.
- 13
- 14 Das Rentenniveau (Nettorentenniveau vor Steuern) wird bis zum Jahr 2030 auf ca. 43 Prozentpunkte absinken, wenn an den bishe-
- 15 rigen Regelungen nichts geändert wird. Damit besteht für große Teile der Bevölkerung die Gefahr von Altersarmut. Zudem können
- 16 sich viele Menschen einen vorzeitigen Ausstieg aus dem Arbeitsleben wegen der niedrigen Rente oder zusätzlicher Abschläge nicht
- 17 leisten.
- 18
- 19 Zudem gibt es aktuell eine Debatte um die Flexi-Rente, die darauf zielt, das Arbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus als neues ge-
- 20 sellschaftliches Leitbild zu etablieren.
- 21
- 22 Wir engagieren uns
- 23 • gegen das Leitbild des „Arbeitens ohne Ende“ und halten fest: „Es gibt ein Recht auf Ruhestand!“
- 24 • für die Stabilisierung und moderate Anhebung der Beitragssätze, um mittelfristig die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Ren-
- 25 tenversicherung zu erhalten und auszubauen;
- 26 • für eine paritätische Finanzierung der Rentenversicherung.
- 27
- 28 Darüber hinaus wollen wir in Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften sowie mit Sozialverbänden eine Kampagne führen mit
- 29 der Zielsetzung:
- 30 • Flexible Ausstiegsmöglichkeiten statt „Rente mit 67“
- 31 • Abschlagsfreier Rentenzugang ab dem 60. Lebensjahr nach 40 Versicherungsjahren
- 32 • Ein lebensstandardsicherndes Rentenniveau
- 33

-
- 34 • Eine solidarisch finanzierte Altersversorgung. Dazu gehört: Keine weitere Absenkung des Beitragssatzes und eine schrittweise
35 Anhebung auf 22 Beitragspunkte.
36 • Einbeziehung aller Einkommensarten in die Rentenversicherung sowie die Abführung von Rentenversichertenbeiträgen für
37 Langzeitarbeitslose
38 • Rechtsverbindliche betriebliche Altersversorgung mit angemessener Arbeitgeberbeteiligung

39

40

41

42

43

44 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

45 Erledigt durch Antrag Nr. L2.015

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Stabilisierung Rentenversicherung

L2.017

**Antragstellerin/Antragsteller:
401 VS Bremen**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall setzt sich für die Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung mit folgenden Eckpunkten ein:
- 2
- 3 • Umwandlung der gesetzlichen Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung
- 4 • Versicherungsfremde Leistungen werden künftig ausnahmslos durch staatliche Mittel finanziert.
- 5 • Der aktuelle Rentenwert ist innerhalb von zehn Jahren kontinuierlich so zu steigern, dass die Renten ein Nettoniveau (vor
- 6 Steuern) von mindestens 55% erreichen.
- 7 • Die Kürzungsfaktoren in der Rentenformel ist sofort zu streichen.
- 8
- 9 Im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 organisiert der Vorstand eine Kampagne für die Stabilisierung des Rentenniveaus.
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 17 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Kampagne im Vorfeld der Bundestagswahl 2017

L2.018

**Antragstellerin/Antragsteller:
407 VS Flensburg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, eine Kampagne im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 zu organisieren, in der die Kan-
- 2 didatinnen und Kandidaten der Parteien aufgefordert werden, sich persönlich zur Lebensstandardsicherung der Rentnerinnen und
- 3 Rentner zu bekennen und sich entsprechend für die Stabilisierung des Rentenniveaus auf 55% einzusetzen.

4

5

6

7

8

9 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 10 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Rente stärken! Sozialaufbau statt Abbau!

L2.019

**Antragstellerin/Antragsteller:
929 VS Stuttgart**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 plus nach 45 Versicherungsjahren für die Jahrgänge 1952 bis 1964 ist ein Erfolg
- 2 unseres gewerkschaftlichen Drucks gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters.
- 3 Dessen ungeachtet bekräftigen wir die Grundposition der IG Metall gegen die Rente mit 67.
- 4 In einem weiteren Schritt gilt es nun, eine erfolgreiche gesellschaftliche Kampagne gegen die Absenkung des Rentenniveaus zu orga-
- 5 nisieren. Das Rentenniveau darf nicht weitersinken, sondern muss wieder den Stand aus dem Jahr 2000 erreichen.
- 6 Es geht darum, sowohl in Berlin als auch vor Ort auf die Politik Einfluss zu nehmen und gewerkschaftlichen Druck aufzubauen, damit
- 7 das Leistungsniveau der Rentenversicherung wieder steigt.

8
9
10
11
12
13
14
15

- 16 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 17 Erledigt durch Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Rentenniveau verteidigen und ausbauen, Recht auf Ruhestand sichern

L2.020

**Antragstellerin/Antragsteller:
405 VS Unterelbe**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, sich gegen die zunehmende Altersarmut einzusetzen. Gleichzeitig soll die IG Metall
- 2 sich dafür einsetzen, dass das weitere Absenken des Rentenniveaus für die junge Generation verhindert wird. Dazu soll sie entspre-
- 3 chenden Druck auf die Bundesregierung ausüben.

4

5

6

7

8

9

10 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

11 Erledigt durch Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

**Antragsthema: Rentenzugangsalter senken und Lebensstandard im Alter sichern,
Rentenerhöhungen an Tarifierhöhungen anpassen**

L2.021

Antragstellerin/Antragsteller:
147 VS Duisburg-Dinslaken

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die Sicherung des Lebensstandards im Alter durch die gesetzliche Rentenversicherung muss sichergestellt werden. Deshalb fordert
- 2 die IG Metall den Gesetzgeber auf,
- 3 1. die Kürzungsfaktoren in der Rentenformel zu streichen und
- 4 2. den Rentenwert in den nächsten Jahren kontinuierlich so zu steigern, dass die Renten ein Nettoniveau (vor Steuern) von 55%
- 5 erreichen,
- 6 3. die Rentenformel so zu überarbeiten, dass die jährlichen Rentenerhöhungen dem Durchschnitt der jeweiligen Tarifierhöhungen
- 7 entsprechen.
- 8 Die politische Intention der letzten Jahre, die gesetzlich finanzierte Rente abzusenken und die dadurch entstehenden Rentenlücken
- 9 durch private Vorsorge zu schließen, ist gescheitert. Dem Anspruch, durch private Finanzierung des Rentensystems einen angemesse-
- 10 nen Lebensstandard im Alter zu sichern, ist diese Politik nicht gerecht geworden.
- 11 Hierdurch sind perspektivisch viele Beschäftigte und die jetzige Rentengeneration von Altersarmut bedroht, die auch durch öffentlich
- 12 finanzierte Hilfen zum Lebensunterhalt nicht beseitigt werden kann und die dadurch Menschen zwingt, länger zu arbeiten. Zur
- 13 Stabilisierung des Rentensystems sind folgende Voraussetzungen notwendig:
- 14 1. Umwandlung der gesetzlichen Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung
- 15 2. Versicherungsfremde Leistungen werden künftig staatlich finanziert.
- 16 Die IG Metall lehnt die geplante, stufenweise Anhebung des Renteneingangsalters ab, insbesondere die Rente mit 67. Nach einem
- 17 langen Arbeitsleben müssen Menschen gesund und ohne finanzielle Not in den dritten Lebensabschnitt wechseln.
- 18 Deshalb fordert die IG Metall,
- 19 1. die Festsetzung des Rentenalters auf 63 Jahre und
- 20 2. den Bezug einer abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren.
- 21 Die IG Metall wird sich auch in den kommenden Jahren mit ganzer Kraft für das wichtige Thema „Alter ohne Not“ und einen recht-
- 22 zeitigen Übergang in ein würdiges Leben nach der Arbeit einsetzen.
- 23 So wie wir Tarifpolitik zur Verbesserung des Lebensstandards für die Beschäftigten gestalten, gestalten wir auch die Lebenssituation
- 24 unserer Mitglieder nach ihrem Berufsleben.

25

26

27

28

29

30 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

31 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Rentenversicherung

L2.022

**Antragstellerin/Antragsteller:
524 VS Wolfsburg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall tritt für eine Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung ein. Dazu gehören insbesondere:
- 2 • die Stabilisierung des Rentenniveaus und die Absicherung des Lebensstandards im Alter,
- 3 • die Wiederankoppelung der Rentenhöhe an die Lohnentwicklung,
- 4 • die Verbesserung und der erleichterte Zugang zur Erwerbsminderungsrente.
- 5
- 6 Weiterhin sollte als Alternative zur Riester-Rente die Möglichkeit der Selbsteinzahlung nach § 187a SGB VI erweitert werden. Um
- 7 eine faire Finanzierungsbasis zu gewährleisten, sollten gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Mütterrente nicht weiter aus Bei-
- 8 trägen, sondern aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden. Zur Verbreiterung der Finanzierungsbasis sollten sowohl
- 9 die Beitragsbemessungsgrenze gestrichen als auch Erträge aus Kapitaleinkünften herangezogen werden. Das Renteneintrittsalter
- 10 sollte flexibel gestaltet werden, was demografischen Anforderungen wie der Altersteilzeit entspricht, aber auch den Druck zur
- 11 Frühverrentung für ALG-II-Bezieher nimmt. Zur Propagierung des IG Metall und des DGB-Rentenkonzeptes wird die Kampagne
- 12 „Gute Arbeit – gut in Rente“ in Hinblick auf die nächste Bundestagswahl fortgesetzt.

13
14
15
16
17
18

- 19 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 20 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Rücknahme des Gesetzes zum Renteneintritt mit 67 und Wiedereinführung des Renteneintrittsalters mit 65 – Verteidigung des Rentenniveaus

L2.023

**Antragstellerin/Antragsteller:
227 VS Neuwied**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren für den Jahrgang 1952 ist ein wichtiges Signal für
- 2 mehr Rentengerechtigkeit. Hieran gilt es anzuknüpfen.
- 3
- 4 Der IG Metall Vorstand erhält den Auftrag, konkrete Vorschläge zu einem flexiblen abschlagsfreien Rentenzugang zu erarbeiten. Hier
- 5 muss der Schwerpunkt auf der Betrachtung von 45 Versicherungsjahren bzw. der Lebensaltersgrenze von 65 liegen. Das heißt, spä-
- 6 testens nach 45 Beitragsjahren oder dem Erreichen des 65. Lebensjahres muss ein abschlagsfreier Rentenzugang möglich sein.
- 7 Ein flexibler Übergang in den Ruhestand wird für viele aber nur dann möglich sein, wenn die Rentenhöhe stimmt. Deshalb muss
- 8 auch die Sicherung bzw. der Ausbau des Rentenniveaus ein weiteres wichtiges Thema sein.
- 9
- 10 Der Vorstand erhält den Auftrag diese Vorschläge frühzeitig so aufzubereiten, dass sie in Kampagnen wiederzufinden sind, umso zur
- 11 Mobilisierung in den Betrieben und der Öffentlichkeit beizutragen. Die IG Metall zwingt jede politische Partei, hierzu Stellung zu be-
- 12 ziehen, und wird aufgefordert, beim Gesetzgeber darauf hinzuwirken, dass diese Vorschläge umgesetzt werden.

13

14

15

16

17

18 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

19 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Rentenniveau

L2.024

Antragstellerin/Antragsteller: Frauenausschuss beim Vorstand

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, das Ziel einer notwendigen Anhebung des Rentenniveaus in Politik und Ge-
- 2 sellschaft so zu verankern, dass sie mit Blick auf die Bundestagswahl durch neue Mehrheiten im Parlament und Gesellschaft umge-
- 3 setzt werden kann. Dazu sind Alternativkonzepte (z.B. wie die bereits von der IG Metall vorgeschlagene Erwerbstätigenversicherung)
- 4 weiterzuentwickeln.
- 5
- 6 Im Gegensatz zu der heutigen Rentengeneration, in der etwa 2% von mehr als 20 Millionen Menschen auf die Grundsicherung im
- 7 Alter angewiesen sind, ist damit zu rechnen, dass im Jahr 2030 etwa die Hälfte der Rentner und Rentnerinnen eine Rente beziehen
- 8 wird, die kaum höher als die Grundsicherung sein wird.
- 9
- 10 Davon werden insbesondere Frauen betroffen sein: Ihre Erwerbstätigkeit ist aufgrund von Kindererziehungszeiten und der Pflege von
- 11 Angehörigen häufiger unterbrochen. Hinzu kommen niedrige Einkommen und die mangelnde Absicherung durch Mini-Jobs aufgrund
- 12 fehlender sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsmöglichkeiten. Des Weiteren sind es mehrheitlich Frauen, die als Alleinerzie-
- 13 hende oftmals auf prekäre Beschäftigungen oder wegen fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten auf das Arbeitslosengeld II
- 14 angewiesen sind und damit bereits in jungen Jahren ein erhebliches Armutsrisiko tragen.
- 15
- 16 Das Rentenniveau muss angehoben werden, da sonst die gesetzliche Rentenversicherung ihren sozialpolitischen Charakter verliert.
- 17 Dazu ist eine breite Kampagne gemeinsam mit den Selbstverwaltern und Selbstverwalterinnen der gesetzlichen Rentenversicherung
- 18 auf allen Gliederungsebenen der IG Metall, in den Betrieben mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und in den sozialpoliti-
- 19 schen Gremien zu initiieren.

- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 26 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Rentenniveau verteidigen und Rentenzugang verbessern

L2.025

Antragstellerin/Antragsteller: 518 VS Osnabrück

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die aktuelle Rentengesetzgebung bedarf dringend einiger Korrekturen, wenn drohender Altersarmut für viele begegnet und dem An-
- 2 spruch, ein Sozialstaat zu sein, Genüge getan werden soll.
- 3 Insbesondere ist dafür erforderlich:
- 4 • Die abschlagsfreie Rente ab dem vollendeten 65. Lebensjahr ist wieder einzuführen.
- 5 • Die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren ab dem vollendeten 63. Lebensjahr ist auf Dauer festzuschreiben.
- 6 • Das jetzige Rentenniveau darf nicht immer weiter abgesenkt werden, sondern ist auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten.
- 7 • Die Finanzierung von Kindererziehungszeiten hat vollständig aus Steuermitteln zu erfolgen.
- 8 • Die Steuermittel zur Förderung der privaten Altersversorgung sind in die gesetzliche Rentenversicherung einzubringen, um Pro-
- 9 jekte wie die Erleichterung des Zugangs zur Erwerbsunfähigkeitsrente finanzieren zu können.
- 10 • Es ist eine Harmonisierung mit der Beamtenversorgung anzustreben, um langfristig eine gesetzliche Rentenversicherung für alle
- 11 einschließlich Beamte, Freiberufler und Selbstständige zu erreichen.
- 12 Der Vorstand der IG Metall bringt eine Kampagne auf den Weg, die zum Ziel hat, die oben genannten Forderungen möglichst bis
- 13 2018 in einen Gesetzgebungsprozess eingehen zu lassen.
- 14 Der Rentenkompromiss der Großen Koalition ist ein sozialpolitischer Fortschritt für die Arbeitnehmer in Deutschland. Mittelfristig gilt
- 15 es aber, die o.g. Forderungen durchzusetzen, um Millionen von Menschen einen Ruhestand ohne Armut zu ermöglichen.
- 16 Weiterhin bleiben die Langfristziele Rente nach 40 Versicherungsjahren mit vollendetem 65. Lebensjahr und nach 45. Versicherungs-
- 17 jahren nach vollendetem 60. Lebensjahr auf der Agenda.
- 18 Die Finanzierung von Kindererziehungszeiten ist Aufgabe des Staates und nicht der Rentenversicherung.
- 19 Die mit der Einführung der sog. Riester-Rente durchgeführte Teil-Privatisierung der gesetzlichen Rente ist rückgängig zu machen. Sie
- 20 nutzt nur privaten Versicherungskonzernen.
- 21 Zudem ist die steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge im Wesentlichen eine Förderung Besserverdienender, da Geringver-
- 22 dienende kaum private Altersvorsorge betreiben können.
- 23 Eine Harmonisierung der Altersversorgung über alle Berufsgruppen ist ein Sozialstaats- und Gerechtigkeitsgebot.

24
25
26
27
28

Beschluss des Gewerkschaftstages:

30 Annahme als Material zum Leitantrag

31

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Rentenniveau verteidigen und ausbauen Recht auf Ruhestand sichern

L2.026

Antragstellerin/Antragsteller: 504 VS Celle-Lüneburg

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

1 Das entscheidende Problem der Alterssicherung bleibt auch nach dem Rentenpaket der GroKo ungelöst. Das Rentenniveau (Netto-
2 rentenniveau vor Steuern) droht bis zum Jahr 2013 auf 43 Prozentpunkte abzusinken. Damit besteht für große Teile der Bevölkerung
3 die Gefahr von Altersarmut. Zudem können sich viele Menschen einen vorzeitigen Ausstieg wegen der niedrigen Rente nicht leisten.
4 Diese Gefahren sind besonders im Frühjahr 2013 deutlich geworden, als die Rentenerhöhung mit ihren gravierenden Realeinkom-
5 mensverlusten verkündet wurde. Die Abkoppelung der Renten von den Löhnen und die damit verbundene Benachteiligung der Rent-
6 nerinnen und Rentner gegenüber den Beschäftigten werden wir nicht hinnehmen. Zudem droht eine Debatte um die Flexi-Rente, die
7 darauf zielt, das Arbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus als neues gesellschaftliches Leitbild zu etablieren. Damit verbunden ist
8 wahrscheinlich die Schaffung eines neuen Sektors prekärer Beschäftigung im Bereich der „Altersarbeit“. Damit drohen weiteres
9 Lohndumping, Verdrängung regulärer Arbeit und die Ausweitung von arbeits- und sozialrechtlich ungeschützten Beschäftigungsver-
10 hältnissen. Wir fordern den DGB-Bundesvorstand auf, für 2016 eine bundesweite Demonstration gegen die Altersarmut zu organisie-
11 ren, um das weitere Absinken des Rentenniveaus für die junge Generation zu verhindern.

12 Wir engagieren uns kurzfristig

- 13 • für die Beibehaltung aller arbeitsrechtlichen und sozialrechtlichen Standards auch für all diejenigen, die nach Erreichen der
14 Regelaltersgrenze einer Erwerbsarbeit nachgehen. Wir wenden uns gegen das Leitbild des „Arbeitens ohne Ende“ und halten
15 fest: „Es gibt ein Recht auf Ruhestand!“
- 16 • für die Stabilisierung und moderate Anhebung der Beitragssätze, um mittelfristig die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Ren-
17 tenversicherung zu erhalten und auszubauen.

18 Darüber hinaus wollen wir in Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften sowie mit Sozialverbänden eine Kampagne führen mit
19 der Zielsetzung, dass

- 20 • flexible Ausstiegsmöglichkeiten statt „Rente mit 67“ realisiert werden,
- 21 • das Rentenniveau stabilisiert und wieder ausgebaut wird und
- 22 • die betriebliche Altersvorsorge mit angemessener Arbeitsgeberbeteiligung verbindlich wird.

23 Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag fordert den Vorstand auf, bis zum 31. Dezember 2016 dem Beirat eine Konzeption zur Vertei-
24 lung und insbesondere den Ausbau des Rentenniveaus vorzulegen.

25

26

27

28

29

Beschluss des Gewerkschaftstages:

31 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

**Antragsthema: Sicherung der gesetzlichen Rentenversicherung als tragende Säule der Altersversorgung
Rentenniveau in Höhe von 47,9% verteidigen und wieder auf das Rentenniveau des Jahres 2000 in Höhe von 52,8% ausbauen – Recht auf Ruhestand sichern**

L2.027

**Antragstellerin/Antragsteller:
509 VS Alfeld-Hameln-Hildesheim**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, sich weiterhin gegen die Altersarmut einzusetzen. Gleichzeitig soll die IG Metall sich
- 2 dafür einsetzen, dass das weitere Absenken des Rentenniveaus für die junge Generation verhindert wird. Dazu soll sie entsprechen-
- 3 den Druck auf die Bundesregierung ausüben.
- 4
- 5 Das entscheidende Problem der Alterssicherung bleibt auch nach dem Rentenpaket der Großen Koalition ungelöst. Nur die
- 6 Jahrgänge 1951 und 1952 profitieren voll umfänglich von der Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren. Ab dem Jahrgang 1953
- 7 wird das Renteneintrittsalter jeweils um zwei Monate bis zum Jahrgang 1963 angehoben, der mit 64 Jahren und zehn Monaten ab-
- 8 schlagsfrei Rente beziehen kann. Die Jahrgänge 1964 und jünger können mit 65 abschlagsfrei Rente beziehen. Das war bereits mit
- 9 45 Versicherungsjahren vor dem Rentenpaket der Großen Koalition möglich. Wer vor Erreichen der Regelaltersgrenze in Rente gehen
- 10 muss, hat mit erheblichen Rentenabschlägen zu rechnen.
- 11
- 12 Das Rentenniveau (Nettorentenniveau vor Steuern) droht bis zum Jahr 2030 auf ca. 43 Prozentpunkte abzusinken. Damit besteht für
- 13 große Teile der Bevölkerung die Gefahr von Altersarmut. Zudem können sich viele Menschen einen vorzeitigen Ausstieg aus dem
- 14 Arbeitsleben wegen der niedrigen Rente nicht leisten.
- 15
- 16 Zusätzlich droht nun eine Debatte um die Flexi-Rente, die darauf zielt, das Arbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus als neues ge-
- 17 sellschaftliches Leitbild zu etablieren.
- 18
- 19 Wir engagieren uns
- 20 • gegen das Leitbild des „Arbeitens ohne Ende“ und halten fest: „Es gibt ein Recht auf Ruhestand!“
- 21 • für die Stabilisierung und moderate Anhebung der Beitragssätze, um mittelfristig die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Ren-
- 22 tenversicherung zu erhalten und auszubauen,
- 23 • für eine paritätische Finanzierung der Rentenversicherung.
- 24
- 25 Darüber hinaus wollen wir in Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften sowie mit Sozialverbänden eine Kampagne führen mit
- 26 der Zielsetzung:
- 27 • Flexible Ausstiegsmöglichkeiten statt „Rente mit 67“
- 28 • Abschlagsfreier Rentenzugang ab dem 60. Lebensjahr nach 40 Versicherungsjahren
- 29
- 30

- 31 • Ein stabiles Rentenniveau in Höhe von 52,8%
32 • Eine solidarisch finanzierte Altersversorgung
33 Das heißt: Keine weitere Absenkung des Beitragssatzes und eine schrittweise Anhebung auf 22 Beitragspunkte, die Einführung
34 einer Erwerbstätigenversicherung und die Abführung von Rentenversichertenbeiträgen für Langzeitarbeitslose.
35 • Rechtsverbindliche betriebliche Altersversorgung mit angemessener Arbeitgeberbeteiligung

36

37 Um unsere Forderungen gegenüber der Bundesregierung durchzusetzen, ist es erforderlich, dass sich der Vorstand der IG Metall mit
38 den anderen im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften verständigt und eine gemeinsame Kampagne für die Sicherung der
39 gesetzlichen Rentenversicherung als tragende Säule der Altersversorgung und gegen die Altersarmut sowie gegen eine weitere Ab-
40 senkung des Rentenniveaus organisiert.

41

42

43

44

45

46 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

47 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Rentenniveau stabilisieren, Altersarmut und Kaufkraftverlust der Rentnerinnen und Rentner verhindern

L2.028

Antragstellerin/Antragsteller:
651 VS Berlin

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Bundesregierung und Bundestag werden aufgefordert, eine weitere Absenkung der Renten zu beenden, beginnend mit der Absenkung der Absenkung des Rentenniveaus auf 43% sowie der Verhinderung des jährlichen Kaufkraftverlustes durch mangelnde Rentenanpassung.

4

5

6

7

8

9

10 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

11 Erledigt durch Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Stabilisierung des Rentenniveaus, Verhinderung von Altersarmut

L2.029

**Antragstellerin/Antragsteller:
676 VS Oranienburg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall fordert die Bundesregierung und den Bundestag nachdrücklich auf, die gesetzlichen Regelungen zur Senkung des Ren-
- 2 tenniveaus sofort zu stoppen. Das Rentenniveau ist so anzuheben, dass Altersarmut ausgeschlossen und ein würdevolles Leben im
- 3 Alter gewährleistet ist.

4

5

6

7

8

9 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

10 Erledigt durch Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

**Antragsthema: Abschaffung der Zwangsverrentung von SGB-II-
Leistungsbeziehern/-bezieherinnen**

L2.030

**Antragstellerin/Antragsteller:
651 VS Berlin**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Bundesregierung und Bundestag werden aufgefordert, die Zwangsverrentung der Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach
- 2 dem SGB II § 12a abzuschaffen.
- 3 Damit ist folgende Praxis abzuschaffen:
- 4 Das SGB II zwingt Arbeitslose, die Arbeitslosengeld II beziehen, mit 63 Jahren Rente zu beantragen. Die Betroffenen müssen dauer-
- 5 hafte Rentenkürzungen von 0,3% pro Monat des vorgezogenen Renteneintritts hinnehmen.
- 6 Den Betroffenen wird dadurch eine nicht von ihnen zu verhindernde Rentenkürzung aufgezwungen, die sie ggf. in die Sozialhilfe und
- 7 nach Erreichung der Regelaltersgrenze in die Grundsicherung abschiebt.

8

9

10

11

12

13

14 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

15 Annahme in geänderter Fassung:

16

- 17 Bundesregierung und Bundestag werden aufgefordert, die Zwangsverrentung der Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach
- 18 dem SGB II § 12-a abzuschaffen.

19

20 Damit ist folgende Praxis abzuschaffen:

- 21 Das SGB II zwingt Arbeitslose, die Arbeitslosengeld II beziehen, mit 63 Jahren Rente zu beantragen. Die Betroffenen müssen dauer-
- 22 hafte Rentenkürzungen von 0,3% pro Monat des vorgezogenen Renteneintritts hinnehmen.
- 23 Den Betroffenen wird dadurch eine nicht von ihnen zu verhindernde Rentenkürzung aufgezwungen, die sie ggf. in die Sozialhilfe und
- 24 nach Erreichung der Regelaltersgrenze in die Grundsicherung abschiebt.

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Abschaffung der Zwangsverrentung

L2.031

**Antragstellerin/Antragsteller:
873 VS Dresden**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall fordert die Abschaffung der Zwangsverrentung. Sie nutzt ihre Einflussmöglichkeiten auf die Politik, um eine Ab-
- 2 schaffung zu erwirken.

3

4

5

6

7

8 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 9 Erledigt durch Antrag Nr. L2.030

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Verhinderung von Zwangsverrentung

L2.032

**Antragstellerin/Antragsteller:
872 VS Chemnitz**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, die Bundesregierung aufzufordern, durch eine Gesetzesänderung zu bewirken, dass
- 2 Empfängerinnen/Empfänger von Arbeitslosengeld II (Hartz IV) von Jobcentern nicht gezwungen werden können, mit 63 Jahren in
- 3 Rente zu gehen, da dadurch Rentenabschläge in Kauf genommen werden müssen und Altersarmut droht.

4

5

6

7

8

9 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 10 Erledigt durch Antrag Nr. L2.030

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Verhinderung von Altersarmut

L2.033

**Antragstellerin/Antragsteller:
872 VS Chemnitz**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, die Bundesregierung aufzufordern, dass sowohl bei der Notwendigkeit der Beantragung
- 2 ergänzender Sozialhilfe bei vorgezogener Rente (Zwangsverrentung) als auch bei der ergänzenden Grundsicherung im Rentenalter
- 3 die Obergrenze des Schonvermögens analog den Bezieherinnen und Beziehern des Arbeitslosengeldes II entsprechend 150 Euro pro
- 4 Lebensjahr bis zu einer Maximalgrenze von ca. 10.000 Euro gesetzlich festgelegt wird.

5

6

7

8

9

10 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 11 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Lebensstandardsicherung im Alter – Rente in Würde

L2.034

**Antragstellerin/Antragsteller:
922 VS Reutlingen-Tübingen**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Dass der Vorstand der IG Metall sich unverzüglich aktiv für eine Umkehr der jetzigen Rentenpolitik einsetzt.
- 2 Die gesetzliche Rente muss wieder gestärkt, zukunftssicher gemacht und vor allem muss sie wieder paritätisch finanziert werden.
- 3 Alle Maßnahmen zur Senkung des Rentenniveaus seit 1980 (damaliges RN 68%) müssen rückgängig gemacht werden.
- 4 Die staatliche Förderung für private Zusatzrentenversicherungen (Riester, Rürup, Mütterrente) muss abgeschafft werden.
- 5 Unsere Tarifverträge zu altersvorsorgewirksamen Leistungen sind zu überprüfen und entsprechend zu ändern.
- 6 Zur Erreichung der Ziele startet die IG Metall mit dem DGB und seinen Gewerkschaften eine sozialpolitische Kampagne.

7
8
9
10
11

12 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 13 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Recht auf lebensstandardsichernde Renten

L2.035

**Antragstellerin/Antragsteller:
407 VS Flensburg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall wird sich dafür einsetzen, dass das Grundgesetz um einen Artikel ergänzt wird, der die Wahrung der Menschenwürde
- 2 alter Menschen und das Recht auf lebensstandardsichernde Renten zu einem Staatsziel erklärt. Dies könnte z.B. mit einer Ergänzung
- 3 des Art. 3 (Gleichheit vor dem Gesetz, Diskriminierungsverbote) durch einen Zusatzartikel geschehen.

4

- 5 „Der Staat fördert die Rechte älterer Bürger auf ein selbstbestimmtes und diskriminierungsfreies Leben. Er gewährleistet lebensstan-
- 6 dardsichernde und armutsvermeidende Einkünfte.“

7

8

9

10

11

12 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

13 Ablehnung

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Rentenniveau verteidigen und ausbauen

L2.036

Antragstellerin/Antragsteller: 502 VS Braunschweig

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

1 Das entscheidende Problem der Alterssicherung bleibt auch nach dem Rentenpaket der Großen Koalition ungelöst. Das Rentenniveau
2 (Nettorentenniveau vor Steuern) droht bis zum Jahr 2030 auf ca. 43 Prozentpunkte zu sinken. Damit besteht für große Teile der
3 Bevölkerung die Gefahr von Altersarmut. Zudem können sich viele Menschen einen vorzeitigen Ausstieg wegen der niedrigen Rente
4 nicht leisten. Diese Gefahren sind besonders im Frühjahr 2013 deutlich geworden, als die Rentenerhöhung mit ihren gravierenden
5 Realeinkommensverlusten verkündet wurde. Die Abkoppelung der Renten von den Löhnen und die damit verbundene Benachtei-
6 ligung der Rentnerinnen und Rentner gegenüber den Beschäftigten werden wir nicht hinnehmen. Zudem droht nun eine Debatte um
7 die Flexi-Rente, die darauf zielt, das Arbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus als neues gesellschaftliches Leitbild zu etablieren.
8 Damit verbunden ist wahrscheinlich die Schaffung eines neuen Sektors prekärer Beschäftigung im Bereich der „Altersarbeit“. Damit
9 drohen weiteres Lohndumping, Verdrängung regulärer Arbeit und die Ausweitung von arbeits- und sozialrechtlich ungeschützten Be-
10 schäftigungsverhältnissen.

11

12 Wir fordern den DGB-Bundesvorstand auf, für 2016 eine bundesweite Demonstration gegen die Altersarmut zu organisieren, um das
13 weitere Absinken des Rentenniveaus für die junge Generation zu verhindern. Wir engagieren uns kurzfristig – für die Beibehaltung
14 aller arbeits- und sozialrechtlicher Standards auch für all diejenigen, die nach Erreichen der Regelaltersgrenze einer Erwerbsarbeit
15 nachgehen. Wir wenden uns gegen das Leitbild des „Arbeitens ohne Ende“ und halten fest: „Es gibt ein Recht auf Ruhestand!“ –
16 für die Stabilisierung und moderate Anhebung der Beitragssätze, um mittelfristig die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversi-
17 cherung zu erhalten und auszubauen. Darüber hinaus wollen wir in Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften sowie mit Sozi-
18 alverbänden eine Kampagne führen mit der Zielsetzung, dass

- 19 • flexible Ausstiegsmöglichkeiten statt „Rente mit 67“ realisiert werden,
- 20 • das Rentenniveau stabilisiert und wieder ausgebaut wird und
- 21 • die betriebliche Altersversorgung mit angemessener Arbeitgeberbeteiligung verbindlich wird.

22

23 Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag fordert den Vorstand auf, eine Konzeption zur Verteilung und insbesondere den Ausbau des
24 Rentenniveaus vorzulegen.

25

26

27

28

29

Beschluss des Gewerkschaftstages:

31 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Rentenniveau verteidigen und ausbauen, Recht auf Ruhestand sichern

L2.037

Antragstellerin/Antragsteller: 510 VS Hannover

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Das entscheidende Problem der Alterssicherung bleibt auch nach dem Rentenpaket der GroKo ungelöst. Das Rentenniveau (Netto-
2 rentenniveau vor Steuern) droht bis zum Jahr 2030 auf ca. 43 Prozentpunkte abzusinken. Damit besteht für große Teile der Bevölke-
3 rung die Gefahr von Altersarmut. Zudem können sich viele Menschen einen vorzeitigen Ausstieg wegen der niedrigen Rente nicht
4 leisten. Die Abkoppelung der Renten von den Löhnen und die damit verbundene Benachteiligung der Rentnerinnen und Rentner
5 gegenüber den Beschäftigten sind nicht hinnehmbar. Zudem droht nun eine Debatte um die Flexi-Rente, die darauf zielt, das Arbei-
6 ten über die Regelaltersgrenze hinaus als neues gesellschaftliches Leitbild zu etablieren. Damit verbunden ist wahrscheinlich die
7 Schaffung eines neuen Sektors prekärer Beschäftigung im Bereich der „Altersarbeit“. Damit drohen weiteres Lohndumping, Ver-
8 drängung regulärer Arbeit und die Ausweitung von arbeits- und sozialrechtlich ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen. Der Vor-
9 stand der IG Metall wird aufgefordert, auf den DGB-Bundesvorstand einzuwirken, für 2016 eine bundesweite Demonstration gegen
10 die Altersarmut zu organisieren und dass das weitere Absenken des Rentenniveaus für die junge Generation verhindert wird.
- 11 Die IG Metall engagiert sich kurzfristig
- 12 • für die Beibehaltung aller arbeits- und sozialrechtlicher Standards auch für all diejenigen, die nach Erreichen der Regel-
13 altersgrenze einer Erwerbsarbeit nachgehen. Die IG Metall wendet sich gegen das Leitbild des „Arbeitens ohne Ende“ und hält
14 fest: „Es gibt ein Recht auf Ruhestand!“
 - 15 • für die Stabilisierung und moderate Anhebung der Beitragssätze, um mittelfristig die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Ren-
16 tenversicherung zu erhalten und auszubauen.
- 17 Darüber hinaus wird die IG Metall in Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften sowie mit Sozialverbänden eine Kampagne füh-
18 ren mit der Zielsetzung, dass
- 19 • flexible Ausstiegsmöglichkeiten aus dem Arbeitsleben statt „Rente mit 67“ realisiert werden,
 - 20 • das Rentenniveau stabilisiert und wieder ausgebaut wird und
 - 21 • die betriebliche Altersversorgung mit angemessener Arbeitgeberbeteiligung verbindlich wird.
- 22 Um unsere Forderungen gegenüber der Bundesregierung durchzusetzen, ist es erforderlich, dass sich der Vorstand der IG Metall mit
23 den anderen im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften verständigt und eine gemeinsame Kampagne für die Sicherung der
24 gesetzlichen Rentenversicherung als tragende Säule der Altersversorgung und gegen die Altersarmut sowie gegen eine weitere Ab-
25 senkung des Rentenniveaus organisiert.

Beschluss des Gewerkschaftstages:

32 Erledigt durch Antrag Nr. L2.036

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Rentenniveau

L2.038

**Antragstellerin/Antragsteller:
510 VS Hannover**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall ergreift die Initiative zu einer gewerkschaftsübergreifenden Kampagne zur Korrektur bzw. Rücknahme der Absenkung
- 2 des Rentenniveaus (Verhältnis der Standardrente zum Durchschnittsentgelt) infolge des Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgeset-
- 3 zes vom 21. Juli 2004 von derzeit noch 47,9% (Oktober 2014) auf 46% im Jahr 2020 und 43% im Jahr 2030, als eine Maßnahme
- 4 zur Verhütung einer massenhaften Altersarmut trotz jahrzehntelanger Berufstätigkeit.

5
6
7
8
9
10
11
12

13 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

14 Erledigt durch Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Verhinderung Absenkung Rentenniveau

L2.039

**Antragstellerin/Antragsteller:
723 VS Weilheim**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand wird aufgefordert, weiterhin an der Ablehnung der Absenkung des Rentenniveaus festzuhalten.
- 2
- 3 Es ist erforderlich, diese unsoziale Regelung, die verschärft zu einer noch größeren Altersarmut beiträgt, abzuschaffen. Um dies in
- 4 den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit zu bekommen, soll der Vorstand Maßnahmen ergreifen, um diese Absenkung öffent-
- 5 lichkeitswirksam zu skandalisieren. Zusätzlich sollten einfach verständliche Informationsmaterialien zur Verfügung gestellt werden,
- 6 um die Debatte hierüber in den Betrieben weiterzuführen.
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 13 Erledigt durch Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Stabilisierung des Rentenniveaus, Verhinderung von Altersarmut

L2.040

**Antragstellerin/Antragsteller:
677 VS Potsdam**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall fordert die Bundesregierung und den Bundestag nachdrücklich auf, die gesetzlichen Regelungen zur Senkung des Ren-
- 2 tenniveaus sofort zu stoppen. Das Rentenniveau ist so anzuheben, dass Altersarmut ausgeschlossen und ein würdevolles Leben im
- 3 Alter gewährleistet ist. Eine dringend zu überarbeitende Rentenformel muss sicherstellen, dass jährliche Rentenerhöhungen mindes-
- 4 tens den jeweiligen Tarifierhöhungen entsprechen. Daher sind die sozialen Forderungen an die Politik zu verstärken und eine Kampa-
- 5 gne auf „Verhinderung von Altersarmut“ auszurichten. Unumgänglich ist der Übergang von Appellen zur massenhaften Bewegung,
- 6 um damit mehr Druck mit dem Ziel einer sozialpolitischen Neuausrichtung auf Politiker und Politikerinnen auszuüben.

7
8
9
10
11

12 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

13 Erledigt durch Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Rentenpolitik

L2.041

**Antragstellerin/Antragsteller:
574 VS Magdeburg-Schönebeck**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand wird beauftragt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um der drohenden Altersarmut entgegenzuwirken.
- 2 Insbesondere ist durch statistische Erhebungen gegenüber der Bundesregierung darzulegen, welches die Folgen der derzeitigen Rentenpolitik sein werden.

4

5

6

7

8

9 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 10 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Kampagne gegen die Absenkung des Rentenniveaus

L2.042

**Antragstellerin/Antragsteller:
340 VS Aachen**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall setzt sich dafür ein, dass die im Rahmen der Agenda 2010 beschlossene Absenkung des Rentenniveaus auf am Ende
- 2 43% des letzten Nettoeinkommens im Jahre 2030 rückgängig gemacht wird. Um eine öffentlichkeitswirksame Debatte zu führen, in-
- 3 itiiert der IG Metall Vorstand eine Kampagne, die das Thema aufgreift und die Forderung verstärkt.

4

5

6

7

8

9 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 10 Erledigt durch Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Rentenproblematik

L2.043

**Antragstellerin/Antragsteller:
402 VS Bremerhaven**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der 23. Gewerkschaftstag der IG Metall fordert den Vorstand auf, eine Kampagne zum Thema Rentenproblematik im Vorfeld der
- 2 Bundestagswahl 2017 zu organisieren und in den Verwaltungsstellen der IG Metall durchzuführen.

3

4

5

6

7

8 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 9 Erledigt durch Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Rentenzugang und Rentenniveau

L2.044

Antragstellerin/Antragsteller: 214 VS Herborn

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die Delegierten des 23. Gewerkschaftstages fordern den Vorstand der IG Metall auf, die Forderungen nach
- 2 • einer abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren,
- 3 • einer Rente mit 65 Jahren nach 40 Versicherungsjahren,
- 4 • einem leichteren Zugang zur Rente wegen Erwerbsminderung und
- 5 • einer notwendigen Anhebung sowie keiner weiteren Absenkung des derzeitigen Rentenniveaus
- 6 in Politik und Gesellschaft so zu verankern, dass sie mit Blick auf die Bundestagswahl durch andere Mehrheiten in der Gesellschaft
- 7 und im Parlament umgesetzt werden können.
- 8 Dazu sind Alternativkonzepte (z.B. Erwerbstätigenversicherung, „neuer“ Generationenvertrag) weiterzuentwickeln.
- 9 Die IG Metall wird die Diskussionen auf allen Gliederungsebenen und in zukünftigen Kampagnen in Betriebe, Gesellschaft, Parteien
- 10 und Politik tragen.
- 11
- 12 Wenn das Rentenniveau nicht wieder wesentlich erhöht wird, verliert die gesetzliche Rentenversicherung ihren sozialpolitischen Cha-
- 13 rakter und eine Mobilisierung unserer Mitglieder – insbesondere der rentenfernen Altersgruppen – für eine andere Rentenpolitik
- 14 wird erschwert. Die Höhe des Rentenniveaus hängt von verschiedenen Faktoren ab. Zur Verdeutlichung dient die Berechnung des
- 15 Rentenniveaus vor Steuern im Jahr 2014.
- 16
- 17 Im Verhältnis beträgt die Nettorente zum Durchschnittsentgelt 50,4%, ($*2 / *1$).
- 18 Wäre das Rentenniveau heute bereits bei 43%, würde die Nettorente vor Steuern 984,25 Euro betragen.
- 19
- 20 Die Änderungen in der Rentenpolitik seit dem Jahr 2001 führen zur sukzessiven Absenkung des Rentenniveaus von derzeit rund
- 21 50% auf 43% im Jahr 2030. Damit droht für große Teile der Bevölkerung die Gefahr von Altersarmut. Hinzu kommt die schrittweise
- 22 Anhebung des gesetzlichen Rentenalters in Verbindung mit der Einführung von Abschlägen bei einer vorzeitigen Inanspruchnahme
- 23 der Rente.
- 24
- 25 Auch wurden die Voraussetzungen für den Zugang zur Erwerbsminderungsrente drastisch verschärft. „Wer weniger als drei Stunden
- 26 arbeiten kann, bekommt die volle Rente“, heißt es in einer Broschüre des Bundesarbeitsministeriums lapidar. In der Realität ist die
- 27 Anerkennung einer Erwerbsminderung heute für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein harter und langwieriger Kampf mit
- 28 Medizinern, Versicherungen und nicht zuletzt Richtern.
- 29
- 30 Einen vorzeitigen Ausstieg aus dem Arbeitsleben können sich viele Menschen wegen der damit verbundenen Abschläge, aber auch
- 31 wegen einer niedrigeren Rentenerwartung nicht leisten. Hinzu kommt, dass der Aufbau einer privaten Vorsorge am Kapitalmarkt für
- 32 viele Beschäftigte finanziell nicht möglich ist und darüber hinaus aufgrund der Situation auf den Finanzmärkten unsicherer wird.
- 33

34 Doch auch die geforderten Änderungen im Rentenzugang wie z. B. eine abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren, eine
35 Rente ab 65 Jahren nach 40 Versicherungsjahren oder aber auch die leichtere Anerkennung einer Erwerbsminderungsrente, finden
36 jedoch schnell ihre Grenzen, wenn das Rentenniveau weiter abgesenkt und nicht verbessert wird.

37
38 Die Höhe des Rentenniveaus hängt von verschiedenen Faktoren ab. Zur Verdeutlichung dient die Berechnung des Rentenniveaus vor
39 Steuern im Jahr 2014:

40
41 Durchschnittsentgelt 2014: 34.857,00 Euro/Jahr = 2.904,75 Euro/Monat

42		
43	Abzüglich der Sozialabgaben des Arbeitnehmeranteils	2.904,75 Euro
44	abzüglich 9,45% Rentenversicherungsbeitrag	274,49 Euro
45	abzüglich 8,2% Krankenversicherungsanteil	238,18 Euro
46	abzüglich 2,05% Pflegeversicherungsbeitrag	59,54 Euro
47	<u>abzüglich 1,5% Arbeitslosenversicherungsbeitrag</u>	<u>43,57 Euro</u>
48	Entgelt nach Abzug der Sozialabgaben vor Steuern	2.288,97 Euro (*1)

49
50 Zugrunde gelegt wird eine Bruttorente mit Durchschnittsentgelt nach 45 Beitragsjahren, dies entspricht 45 Entgeltpunkten (EP).

51 Ausgegangen wird von einer Rente ohne Abschläge, d.h. Zugangsfaktor 1.

52 Der Rentenartfaktor 1 steht für eine Altersrente.

53 Der aktuelle Rentenwert West (aRW) beträgt seit 1. Juli 2014 28,61 Euro, der aktuelle Rentenwert Ost beträgt 26,39 Euro.

54 Der aktuelle Rentenwert entspricht einer monatlichen Rentenanwartschaft aufgrund eines Durchschnittsentgelts.

55
56 Beispielhafte Berechnung:

57 $45 \text{ EP} \times 1 \times 28,61 \text{ Euro} = 1.287,45 \text{ Euro}$ (= Durchschnittsbruttorente bei 45 Beitragsjahren)

58		
59	Bruttorente	1.287,45 Euro
60	abzüglich 8,2% Krankenversicherungsbeitrag	105,57 Euro
61	(zukünftig ggf. noch ein „Zusatzbeitrag“ zur GKV)	
62	<u>abzüglich 2,05% Pflegeversicherungsbeitrag</u>	<u>26,39 Euro</u>
63	Nettorente vor Abzug von Steuern	1.155,49 Euro (*2)

64
65 Entgelt, netto (2014) = 2.288,97 Euro

66 Nettorente = 1.155,49 Euro

67
68 Im Verhältnis beträgt die Nettorente zum Durchschnittsentgelt 50,4% ($*2 : *1 \times 100$)

69
70 Wäre das Rentenniveau heute bereits bei 43%, würde die Nettorente vor Steuern 984,25 Euro betragen.

71
72
73
74
75
76 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

77 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Altersarmut bekämpfen

L2.045

**Antragstellerin/Antragsteller:
678 VS Ludwigsfelde**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Seit der Jahrtausendwende sinkt das Rentenniveau im Vergleich zum Verdienst der aktiv Versicherten kontinuierlich. Insbesondere
- 2 wer neu in Rente geht, hat eine erheblich geringere Kaufkraft als sein 15 Jahre älterer Kollege.
- 3
- 4 Dieser Trend konnte auch durch das steigende Renteneintrittsalter nicht aufgehalten werden. Bei unveränderter Rentenformel wer-
- 5 den selbst Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit mittleren Verdienst zukünftig unter die Grundsicherung fallen.
- 6
- 7 Die mehrfach gesenkten Rentenbeiträge zeigen, dass dieser Trend keineswegs zwangsläufig ist.
- 8
- 9 Im Gegenteil: Die Rentenkasse ist so gut gefüllt, dass der Staat sich zur Finanzierung einer weiteren versicherungsfremden Leistung,
- 10 der Mütterrente, zulasten der Beitragszahler, berechtigt fühlte.
- 11
- 12 Die zu begrüßende Besserstellung von Rentnerinnen, die Kinder großgezogen haben, ist jedoch eine allgemeine gesellschaftliche
- 13 Aufgabe, die aus Steuermitteln finanziert werden muss. Die Rentenbeiträge stehen den Rentnern zu.
- 14
- 15 Der Gesetzgeber wird aufgefordert, sicherzustellen, dass keine weitere Absenkung des Rentenniveaus stattfindet.
- 16
- 17 Die kapitalgedeckte private Altersvorsorge ist nicht geeignet, die Lücken im Rentensystem zu schließen, die der Gesetzgeber aufgeris-
- 18 sen hat.
- 19
- 20 Die aktiven Beitragszahlenden müssen die Gewissheit haben, dass sie, wenn sie selbst Rentner sind, nicht schlechter gestellt sein
- 21 werden als die heutige Rentnergeneration.

Beschluss des Gewerkschaftstages:

28 Erledigt durch Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Betriebliche Altersversorgung und gesetzliche Rente stärken

L2.046

Antragstellerin/Antragsteller: 918 VS Heilbronn-Neckarsulm

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Mit einer Mehrzahl von rentenrechtlichen Änderungen ist das Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung gesenkt worden.
- 2 Damit wurde die gesetzliche Säule der Alterssicherung wesentlich geschwächt. Nach Berechnungen wird das Nettorentenniveau
- 3 schrittweise bis auf 43% im Jahr 2030 abfallen. Menschen mit unterdurchschnittlichen Einkommen oder unterbrochenen
- 4 Erwerbsbiografien droht damit Altersarmut. Davon sind insbesondere Beschäftigte mit niedrigen Einkommen und unterbrochenen
- 5 Erwerbsbiografien betroffen.
- 6
- 7 Die betriebliche Altersvorsorge ist für viele Beschäftigte ein wichtiger Sicherungsbaustein im Alter. Tatsache ist, dass in vielen kleinen
- 8 und mittelständischen Unternehmen keine betrieblichen Altersvorsorgeregelungen bestehen. Da in diesen Unternehmen oft keine Ta-
- 9 rifverträge gelten, liegen die Einkommen unterhalb des Durchschnitts. Die Folge ist, dass damit die gesetzlich zu erwartende Rente
- 10 ebenfalls niedriger ist. In der Vergangenheit sind bestehende betriebliche Altersvorsorgeregelungen tendenziell verschlechtert wor-
- 11 den.
- 12
- 13 Die Förderung der Eigenvorsorge begünstigt höhere Einkommensbezieher, während Beschäftigten mit geringen Einkommen die Mit-
- 14 tel hierzu fehlen.
- 15
- 16 Die bestehenden rentenrechtlichen Regelungen führen in der Praxis nicht zu sozialem Ausgleich, sondern vertiefen die Ungleichheit.
- 17
- 18 Die IG Metall steht für ein Gutes Leben im Alter. Deshalb müssen auf allen Ebenen Maßnahmen ergriffen werden, um Armut im Alter
- 19 abzuwehren. Die Altersversorgungssysteme müssen weiterentwickelt werden, dass sie den Lebensstandard auch im Alter sichern.
- 20
- 21 • Das derzeitige Niveau der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung muss aufrechterhalten werden. Die Erhöhung der
- 22 Rentenversicherungsbeiträge und damit die paritätische Finanzierung darf kein Tabu sein.
- 23 • Die betriebliche Altersversorgung muss weiterentwickelt werden, dass Vorsorgesysteme in allen Betrieben verpflichtend zur
- 24 Anwendung kommen. Die IG Metall muss auf den Gesetzgeber einwirken, entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen zu
- 25 schaffen. Bei tariflichen Lösungen der Alterssicherung muss sichergestellt werden, dass sie durch Allgemeinverbindlichkeit der
- 26 Regelung für alle Beschäftigten einer Branche gelten.
- 27 • Elemente zur Mindestsicherung von gesetzlichen Renten müssen steuerfinanziert werden.
- 28 • Die IG Metall tritt für eine Arbeitspolitik ein, die Beschäftigten eine Erwerbsbiografie ohne wesentliche Unterbrechungen ermög-
- 29 licht.
- 30 • Die IG Metall setzt sich für eine Erhöhung der Arbeitgeberleistung im Tarifvertrag AVWL ein, die mit 26,59 Euro seit Jahren nicht
- 31 mehr angepasst wurde.
- 32 • Die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge darf zukünftig nicht dazu führen, dass daraus entstandene Ansprüche mit den ge-
- 33 setzlichen Rentenansprüchen bis zur Grundsicherung verrechnet und damit gemindert werden, weil die gesetzliche Rente unter-

34 halb des Grundsicherungsbetrages liegt.

35

36

37

38

39

40 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

41 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Gesetzliche Rente und betriebliche Altersversorgung stärken

L2.047

Antragstellerin/Antragsteller: 227 VS Neuwied

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die gesetzliche Rente ist bereits deutlich gesunken. Die zur Kompensation des Rentenabbaus ins Leben gerufene Riester-Rente hat
- 2 die Altersversorgung auf den einzelnen Arbeitnehmer verlagert und damit zu einer kostenträchtigen und völlig unzureichenden
- 3 Scheinlösung geführt. Die traditionell als Arbeitgeberleistung bestehende betriebliche Altersversorgung ist trotz betrieblicher und ta-
- 4 rifvertraglicher Regelungen nicht ausreichend verbreitet und meist zu niedrig. Der politisch propagierte Generationenkonflikt hatte
- 5 vor der Reform nicht existiert. Nun kann er dadurch ausgelöst werden, indem die jüngere und mittlere Generation unzumutbar belas-
- 6 tet wird.
- 7 Demgegenüber sind die Arbeitgeber erheblich durch sinkende Beitragssätze bei der gesetzlichen Rente entlastet worden. Da bei der
- 8 Brutto-Entgeltumwandlung keine Sozialversicherungsbeiträge anfallen, verdienen die Arbeitgeber auch noch am Sparen der Arbeit-
- 9 nehmerinnen und Arbeitnehmer.
- 10 Der Gewerkschaftstag fordert, dass der Staat wieder zurückkehrt zu einer aktiven und vorsorgenden Rentenpolitik. Diese hat im We-
- 11 sentlichen aus zwei Säulen zu bestehen, der gesetzlichen und der betrieblichen Altersversorgung, wie es in vielen vergleichbaren
- 12 Ländern mit stabiler Rentenpolitik der Fall ist. Beide Säulen zeichnen sich durch kollektive Regelungen in Gesetzen und Tarifverträgen
- 13 aus und verfügen über unverfallbare Anwartschaften, für die der Staat und die Arbeitgeber haften.
- 14 Die bereits im Gesetz verankerte Senkung des gesetzlichen Rentenniveaus muss zurückgenommen oder darf zumindest nicht weiter
- 15 vorangetrieben werden, als sie derzeit realisiert worden ist.
- 16 Die betriebliche Altersversorgung muss dringend ausgebaut werden.
- 17
- 18 Hierzu sind folgende Voraussetzungen als zielführend anzusehen:
- 19 • Die Arbeitgeber sind zu einem Betriebsrentenangebot mit einem mindestens hälftigen Beitrag des Arbeitgebers zu verpflichten.
- 20 Dies kann auch als Basis für tarifvertragliche Regelungen zur Beitragsaufstockung dienen.
- 21 • Die steuerlichen Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass auch niedrigere Einkommensgruppen mit niedrigen Steuersät-
- 22 zen von der Förderung im erforderlichen Maße profitieren können.
- 23 • Die durch das Prinzip des Bruttosparens entstehenden Ausfälle in der Sozialversicherung sowie die Sicherung der Anwartschaf-
- 24 ten sind durch steuerfinanzierte Bundeszuschüsse auszugleichen.
- 25 • Die auszugleichende erhebliche Gerechtigkeitslücke durch halbe Beitragsentlastung zur Krankenversicherung im Sparvorgang
- 26 bei gleichzeitig voller Belastung der Betriebsrenten ist zu schließen. Dazu ist die Möglichkeit, dass der Arbeitgeber durch das
- 27 Brutto-Prinzip ebenfalls Beiträge einsparen kann, durch den Gesetzgeber abzuschaffen.
- 28 • Die Anrechnung von tarifvertraglich oder betrieblich vereinbarten Betriebsrenten auf die Grundsicherung ist abzuschaffen.
- 29
- 30 Unter diesen gesetzlichen Voraussetzungen können bestehende Tarifverträge weiterentwickelt und die betriebliche Altersversorgung
- 31 zu einem flächendeckenden System ausgebaut werden, das allen Beschäftigten zugutekommt.
- 32 Die Delegierten fordern den Vorstand auf, hierzu entsprechende Forderungen an den Gesetzgeber noch in dieser Legislaturperiode zu
- 33 richten und sozial- und tarifpolitische Konzepte auf Basis der „Konzeption des Neuen Generationenvertrags“ sowie eine entspre-

34 chende Kampagne zur Durchsetzung von mehr und besseren Betriebsrenten zu entwickeln.
35 Ziel aller Maßnahmen muss eine auf zwei kollektiven Säulen aufbauende Rentenpolitik für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
36 sein.

37

38

39

40

41

42 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

43 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Werksrentenanpassung

L2.048

**Antragstellerin/Antragsteller:
145 VS Dortmund**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall fordert von der Bundesregierung klare gesetzliche Vorgaben, die notwendigen Werksrentenanpassungen,
- 2 entsprechend dem durch das statistische Bundesamt festgelegten Verbraucher-Preis-Index (VPI) vorzuschreiben.
- 3
- 4 Firmen, die sich nicht an die Weitergabe der VPI-Erhöhung halten, sollten angemessen bestraft werden, dass ihnen das Interesse der
- 5 Nichtweitergabe vergeht.
- 6
- 7 Die Ausnahmebestimmung, Werksrenten bei schlechter wirtschaftlicher Unternehmenslage von der Anpassung zu befreien, bedürfen
- 8 einer Genehmigung durch staatliche Behörden.

9

10

11

12

13

14 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

15 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 2

Antragsthema: Fehlende Arbeitgeberbeteiligung bei nachgelagerten Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG)

L2.049

Antragstellerin/Antragsteller:
877 VS Riesa

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Durch die IG Metall sollte in zwei Richtungen agiert werden:
- 2
- 3 1. Druck auf die Politik auszuüben, um die Gesetzeslage dahingehend zu ändern, dass die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
- 4 zukünftig nur noch den Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung nachgelagert zu entrichten haben und die Arbeitgeber den
- 5 Arbeitgeberanteil aus der Ersparnis durch die Bruttohohnumwandlung selbst zu leisten haben.
- 6
- 7 2. Über die Metallrente in Verhandlungen mit den beteiligten Unternehmen einzutreten, um zu erreichen, dass die Arbeitgeber
- 8 mindestens die Arbeitgeberanteile als Zusatzbeitrag in die Verträge der Kolleginnen und Kollegen einspeisen.
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13

- 14 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 15 Annahme als Material zum Leitantrag